Betrieb und Wirtschaft

Staatl.-Magnesia-Werke Weißensee

Hinter den stillgelegten Riebe-Werken (Kugellagerfabrik) liegt ein Kasernenbau, wo eine Abteilung der Staatl.-Magnesia untergebracht ist. Diese Abteilung wird nun in kurzer Zeit stillgelegt und kommt jetzt nach dem kürzlich gekauften Hauptwerk nach Teltow hinaus. Es wird in dem Werk in der Hauptsache Porzellan und keramische Erzeugnisse für die Industrie hergestellt.

Wie fast in allen Porzellanfabriken, so ist auch die Produktion in der St. M. G. Weißensee noch ziemlich rückständig. Wohl hat man in den letzten Jahren versucht, die Produktion auf eine höhere Stufe zu bringen, auch versucht man aus den Knochen der Arbeiter mehr herauszuschinden, doch da der Betriebsleiter mit der zum Teil schon jahrelang hier beschäftigten Arbeiterschaft etwas harmonierte, kam der Wille des Betriebsdirektors nicht so zum Durchbruch. Nebenbei bemerkt, ist keiner unfähiger für seinen Posten, als gerade dieser Direktor.

Nachdem nun Teilstillegung beantragt worden war und ein Drittel der Belegschaft entlassen wurde, gleichzeitig mußte auch der Betriebsleiter über die Klinge springen, ist man dazu übergegangen, die Ausbeutung ungemein zu steigern. Natürlich ist ein neuer Betriebsleiter gekommen, ein willfähriges Werkzeug der Direktion. Den Arbeiterinnen und Arbeitern schmiert er Honig um den Schmabel und sie lassen sich zum Teil mit Hilfe des Betriebsrates einwickeln.

Eine besondere Rolle spielt noch der Obmann des Betriebsrates, ein strammer SPD.-Mann, mit Namen Walter. Früher vertrat er die Belegschaft — von seinem Standpunkt — noch so einigermaßen. Doch nachdem er nun Vorarbeiter in der Abteilung Dreherei geworden ist, tritt er auch die elementarsten Rechte der Arbeiter mit Füßen.

Die Akkordsätze sind zum Teil bis auf ein Drittel reduziert worden. Wenn nun Klagen von der Belegschaft kommen, daß die Arbeit nicht zu schaffen ist, stellt sich dieser Knecht an der Drehbank hin, mit der Uhr auf dem Tisch und macht ihnen das vor. Die Freude über solch einen Betriebsrat ist natürlich bei der Direktion groß.

Doch was das Schlimmste ist, die Belegschaft sieht alles mit an und kuscht. Beispiele wie das eine könnten massenweise angeführt werden. Seine Kollegen zu vertreten hat er keine Zeit, aber stundenlange Debatten im Direktionszimmer über Politik der SPD. sind zang und gäbe.

Doch nun Kollegen und Kolleginnen, überlegt doch endlich einmal, ihr seid fast alle durchschnittlich im Metall- und Transportarbeiterverband organisiert. Gegen diese ungemein gesteigerte Ausbeutung auf Grund der Rationalisierung hat eure Organisation nichts einzuwenden. Daran hat sie auch kein Interesse. Sie haben als eine angeblich „proletarische" Organisation die Rationalisierung befürwortet. Das konnten sie nur, weil die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft — ihr Prinzip geworden ist, Mit Hilfe des Tarif- und Schlichtungswesens, mit dem sie stehen und fallen, haben sie euch gekettet an die Ausbeutung. Mit der Phrase der Wirtschaftsdemokratie machen sie euch besoffen. Die Arbeitersolidarität ist heute durch die Praxis eurer angeblichen Organisation ausgeschaltet.

Ihr habt die Aufgabe zu erkennen, daß ihr mit dem Kapitalismus nichts gemein habt. Als Proletarier besitzt ihr weiter nichts, wie eure Arbeitskraft, die ihr um leben zu können, innerhalb der heutigen Ordnung beim Kapitalisten verkaufen müßt. Werdet klassenbewußt, das heißt, erkennt eure Klassenlage als Ausgebeutete. Schaltet alle Nutznießer an euren Interessen aus. Das sind die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Hilfstruppen im Betrieb, die Betriebsräte, die sich als weiter nichts betätigen wie als Büttel des Kapitals.

Die Gewerkschaften zu verlassen, das ist eure Aufgabe. Zusammenschluß in den Betrieben muß eure Losung sein, in einer Betriebsorganisation, diese angeschlossen der Allgemeinen Arbeiter-Union. Eine Bevormundung durch eine Bürokratie wie in den Gewerkschaften fällt weg. Dann könnt ihr eure Organisation in die Wagschale gegen das Kapital werfen, wie es ihr für notwendig erheischt durch die jeweilige Lage. Auf dieser Grundlage schaffen wir die Voraussetzung für die Wiedergeburt der Arbeitersolidarität, als eine Voraussetzung, um einst die kapitalistische Wirtschaftsordnung stürzen zu können. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nun einmal nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Der Tarifvertrag
eine Fessel des Klassenkampfes

Der organisatorische Träger des Tarifvertrages sind die Gewerkschaften. Schon lange vor dem Kriege setzten die Gewerkschaften sich zur Aufgabe, nicht die Arbeiterklasse zu sammeln für die Befreiung aus der Lohnsklaverei, sondern lediglich zu wirken für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die mit der kapitalistischen Entwicklung auf der Tagesordnung stehende Proletarisierung immer neuer Schichten des Kleinbürger- und Bauerntums, schuf neue Aufsaugungsmöglichkeiten durch die Gewerkschaften. Die Macht der Gewerkschaften wuchs, aber gleichzeitig die Macht des Unternehmertums, die sich in Arbeitgeberverbänden untereinander zusammenschlossen. Der Kapitalismus entwickelte sich zum Imperialismus. Die ungeheure imperialistische Kraftentfaltung des Kapitals — bei zugespitzter Konkurrenz — sah einen Vorstoß des Kapitals gegen die Arbeiterklasse auf der Tagesordnung. Die Gewerkschaften waren außerstande, einen Kampf gegen das Kapital zu führen, mit vielleicht revolutionärer Tendenz, waren sie doch selbst ein Produkt der aufsteigenden kapitalistischen Epoche. Mit Hilfe von abgeschlossenen Tarifverträgen machten die Gewerkschaften den Versuch, die wirtschaftlichen Positionen der Arbeiter auf Lohn und Arbeitszeit zu halten. Gleichzeitig ging ihr Streben nach Anerkennung und Gleichberechtigung im kapitalistischen System hin. Die Voraussetzungen für die spätere Arbeitsgemeinschaft wurden damit geschaffen. Bis zum Weltkriege blieb jedoch das Kapital diesem Verlangen der Gewerkschaften feindlich gestimmt gegenüber.

Als das klassenbewußte Proletariat 1918 den Versuch machte, die bürgerliche Ordnung zu überwinden durch die proletarische Revolution, da erkannte das Kapital die Rolle der Gewerkschaften. Waren sie es doch, die sich auf dem Boden der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung stellten, und der Bourgeoisie die Kräfte zur Verfügung stellten, zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung.

Das Kapital schloß den Burgfrieden mit den Gewerkschaften. Es erkannte sie offiziell an. Die Gewerkschaften wurden Tarifkontrahent. Die Arbeitsgemeinschaft wurde geschlossen. Der Tarifvertrag zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum wurde die Grundlage der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Proletarier.

Der Tarifvertrag ist einverleibt in die kapitalistische Gesetzlichkeit, in das bürgerliche „Recht". Die Gewerkschaften — als vertragschließende Partei — haben die Aufgabe, die Bedingungen des Vertrages während der Zeitdauer einzuhalten. Den Proletariern ist nach den formal-rechtlichen Begriffen im bürgerlichen Klassenstaate damit das Streikrecht entzogen. Würden die Gewerkschaften z. B. während der Dauer eines Vertrages zum Streik aufrufen, so würden sie in Konflikt kommen mit der bürgerlichen Gesetzesmaschine. Das Kapital würde verlangen die Deckung der Streikunkosten durch die Gewerkschaften. Daran kann natürlich die Bürokratie um ihrer Selbsterhaltung willen kein Interesse haben.

Die Vergangenheit hat dann auch gezeigt, daß dort, wo die Proletarier sich trotz Vertrages gegen ihre Ausbeuter erheben, daß da sich die Gewerkschaftsbürokratie von den Kämpfern lossagt, und vor den gemeinsten Mitteln — die ihr im Wesen längst eigen sind — nicht zurückschreckt. Während des Hamburger Hafenarbeiterstreikes 1926 z. B. proklamierte die Bürokratie offen den Streikbruch. Man erließ folgenden Aufruf an die streikenden Arbeiter:

Deutscher Verkehrsbund,
Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Achtung! Hafenarbeiter, Maschinisten und Heizer!

Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Hafenbetriebe durch den Reichsarbeitsminister ist die Tarifbewegung für die Organisationen, den Deutschen Verkehrsbund und den Zentralverband der Maschinisten und Heizer und damit auch für die Mitglieder der Hafensektionen beider Organisationen beendet. Von den Organisationen kann deshalb Unterstützung irgendwelcher Art nicht gewährt werden. Die Auszahlung von Streikgeld auch in umschriebener Form kann nicht geschehen. Die von unkontrollierbarer Seite unter den Hafenarbeitern verbreiteten Gerüchte, daß, wenn auch die Organisationen den Streik nicht anerkennen können, in irgendwelcher Form finanzielle Unterstützungen den Hafenarbeitern gewährt werden, sind daher erfunden.

Der „Vorwärts" vom 16. 5. versucht nun den Arbeitern einzureden, wenngleich die Gewerkschaften für die Durchführung des Tarifvertrages der Unternehmerorganisation gegenüber verantwortlich und haftbar sind, so ist es auch im umgekehrten Falle.

Was aber ist die Wirklichkeit? Die Gewerkschaften stellen sich auf den Boden des formalen Rechts. Rechtsfragen sind in der bürgerlichen Ordnung immer Machtfragen. Nur wer die Macht hat, der hat das Recht. Auf Grund der Tatsache, daß die Bourgeoisie neben der ökonomischen auch die politische Macht in der Gesellschaft besitzt, hat sie tausend Möglichkeiten, die Vereinbarungen zu durchbrechen. Die Einsetzung dieser politischen Macht genügt, um ihre Interessen zu realisieren.

Auch hier spricht die Vergangenheit eine beredte Sprache. Bei der nordwestdeutschen Metallarbeiteraussperrung stellten sich die Gewerkschaften auf den Boden des formalen Rechts. Jedoch das Kapital zeigte, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das Recht — ein Klassenrecht ist. Den gefällten Schiedsspruch mit 4—5 Pfennige Lohnerhöhung schob es beiseite und sperrte die Arbeiter einfach aus. Es brachte dem Proletariat zum Bewußtsein, daß es in der heutigen Ordnung höchstens ein Recht auf Verhungern hat. Erst dort, wo der Schlichter einen Schiedsspruch in seinem Sinne fällte, öffnete es wieder die Betriebe für die Proleten.

Wenngleich der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auch unter dem Tarifvertrag bestehen bleibt, so wird der Klassenkampf gehemmt. Diese Art Parlamentarismus auf wirtschaftlichem Gebiete hat das Proletariat in jenen sozialen Abgrund hineingeführt, in dem es heute steht. Während sich die Lebenshaltung des Proletariats durch die kapitalistische Krise mehr und mehr verschlechtert, ist heute das Proletariat gebunden an jahrelang laufende Tarifverträge, infolge der damit verbundenen Vertragstreue der Gewerkschaften. Dort, wo sich die Arbeiter in den Gewerkschaften einem abgeschlossenen Tarifvertrag — wegen seiner Unzulänglichkeit — widersetzen, genügt die Verbindlichkeitserklärung durch den Schlichter.

Hinzu kommt, daß die Solidarität des Proletariats gehemmt wird durch die verschiedene Zeitdauer der einzelnen Verträge. Würden z. B. heute die Metallarbeiter in den Streik treten, so könnten die Bauarbeiter keine Solidarität üben, läuft doch ihr Tarifvertrag zu einer anderen Zeit ab. Der Baugewerksbund würde sich hüten, in Konflikt zu geraten.

So ist das gesamte Tarif- und Schlichtungswesen zu einer einzigen Geißel, einer Fessel für den Klassenkampf des Proletariats geworden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat dem entgegenzustellen, daß die Tarifverträge ein Produkt des Kampfes sein müssen. Sie bringt das in der „Roten Fahne" vom 13. 5. 30 folgendermaßen zum Ausdruck:

„Die Gewerkschaftsopposition ist nicht gegen Tarifverträge, die ein Produkt des Kampfes sind, sie ist aber gegen Tarifverträge, die ein Ersatz des Kampfes sein wollen. Die Gewerkschaftsopposition ist für Tarifverträge, die nicht die Arbeiter an Händen und Füßen binden, die nicht die Fesseln für den Klassenkampf darstellen."

Das ist weiter nichts, als daß man Tarifkontrahent werden will, um so anscheinend bessere Tarife abzuschließen wie die Gewerkschaftsbürokratie und die vielleicht eine kurzfristige Dauer haben sollen. Es soll hier weiter nichts wie ein radikaler Ersatz gegenüber der reformistischen Praxis der Gewerkschaftsbürokratie getätigt werden.

Die Zerschlagung des gesamten Tarif- und Schlichtungswesens ist die Aufgabe des Proletariats in der heutigen Phase des Monopolkapitalismus. Das Proletariat muß den Schacher mit seiner Arbeitskraft durch die Gewerkschaftsbürokratie, derselben aus den Händen reißen. Das kann es nur, wenn es alle seine ureigensten Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt. Das organisatorische Gefäß dafür ist die Bildung von revolutionären Betriebsorganisationen in den Betrieben. Die Gewerkschaften müssen also zerschlagen werden. Die Betriebsorganisationen zusammengefaßt zur Allgemeinen Arbeiter-Union, sie bilden die neue Klassenorganisation des Proletariats. Das Aufkommen einer Bürokratie — wie in den Gewerkschaften — wird hier unterbunden, da hier die in den IO. vereinigten Arbeiter das bestimmende Element sind. Diese Union nimmt keine Rücksicht auf die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" des Kapitals und steht daher in völliger Unabhängigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat und seinen Gesetzen. Dort, wo eine Berufsgruppe sich erhebt gegen ihre Ausbeuter, ist die Solidarität der anderen gewährleistet. Beschreitet das Proletariat diesen Weg, dann ist die Befreiung der Arbeiterklasse, die Aufhebung der Arbeiter und Menschen durch den Menschen, nicht mehr in allzu weiter Ferne.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Riesenprofite der Rüstungsindustrie

Just zur rechten Zeit, da die Welt überschwemmt wird mit den Illusionen von einem Paneuropa, d. h. vom ewigen Frieden, wird der Abschluß eines Rüstungsunternehmens bekannt, nämlich von Skoda-Pilsen (Tschechoslowakei). Obwohl die Industrie im allgemeinen auch nicht gerade Not leidet, bleiben die Profite doch zurück hinter denen der Mordwerkzeugindustrie.

Skoda hat 200 Millionen Tschechokronen Aktienkapital. Der Reingewinn betrug 1927/28, 1928/29, 1929/30 67 Millionen Kronen. Der Profit, nach allen Abschreibungen, Neuanlagen, Riesengehälter für Direktoren und Aufsichtsräte betrug also im Jahre des Pazifisten- und Paneuropa-Fimmels mehr als ein Drittel des gesamten Aktienkapitals.

Skodas Umsatz steigerte sich von 800 Millionen Kronen im Jahre 1927, auf 1,5 Milliarden 1929, also eine glatte Verdoppelung. Und was im Zeitalter der Rationalisierung selbstverständlich ist — 1929 war die Kopfzahl der Arbeiter 2000 niedriger als 1927. Die Belegschaft beträgt heute etwa 35 000 Köpfe.

Skoda steht unter dem Einfluß von Schneider-Creusot (Frankreich). Die Hälfte des Aktienkapitals besitzt nämlich die Union Européenne, einer Schneiderschen Dachgesellschaft. Das ist nicht ohne Belang, denn der Paneuropafimmel kommt vom französischen Kapital, dessen exponiertester Vertreter Creusot ist.

Siemens u. Balske in Griechenland

Vermöge deutscher Kuliarbeit.

Wir haben seinerzeit des öftern berichtet, wie Siemens infolge der niedrigen deutschen Löhne in Deutschland das Shannon-Elektrizitätswerk in Irland in Auftrag bekam, wo man die deutschen Arbeiter als Lohndrücker anspie und boykottierte. Noch ist das Shannonwerk nicht ganz vollendet und schon wieder müssen sich die deutschen Arbeiter in der ganzen Welt als Lohndrücker beschimpfen lassen.

Um die griechische Telephonkonzession, ein Objekt von 100 Millionen Mark, rangen die International Telephone u. Telegraph Co. (USA.), die Pirelligruppe (Italien) und die Telephonaktiebolaget L. M. Ericson (Schweden). Siemens erlangte als weitaus Mindestfordernder den Zuschlag. Deutsche Bedürfnislosigkeit hat wieder einmal die hohe amerikanische Technik und die Sklavenlöhne der vom Faschismus unterjochten italienischen Arbeiter besiegt.

„Deutscher Geist" rumort es wieder. Es ist aber pure deutsche Gewerkschaftsdisziplin, die die deutschen Arbeiter an den Pranger der Weltgeschichte stellt. Siemens ist nämlich gar nicht imstande, die Arbeiten auszuführen. Es hat sich an den „besiegten" Konkurrenten Ericson „angelehnt". Ericson gibt Siemens das Geld zur Durchführung. Siemens und Ericson teilen sich den Profit. Siemens hat sein Unterangebot gemacht, weil er wußte, daß auf die deutsche Kuliarbeit jeder Kapitalist Geld gibt, weil es sich hoch verzinst.

Die Bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter hat aber noch groteskere Auswirkungen: Ericson bekommt das Geld, das er Siemens pumpt, von der Svenska Kredit A.B., einer Bank, die dem Zündhölz-, Erz-, Kugellagerkönig Ivar Kreuger gehört. Kreuger hat auch das griechische Zündholzmonopol, wie auch das deutsche, die deutsche Kugellagerindustrie usw. Hinter Kreuger wieder steht amerikanisches Elektro- und Stahlkapital. Siemens ist bekanntlich noch „selbständig", mit welcher Phrase er bei der deutschen Post und bei den deutschen Städten Anklang findet, — und auch bei den deutschen Proleten. Ist dem bisher so gewesen, war die Siemens'sche Hakenkreuzerbrutanstalt bisher noch „deutsch", so ist sie durch die Bescheidenheit der deutschen Arbeiter, durch ihre Hungerlöhne, ihren Gewerkschaftskadavergehorsam ans Ausland verschachert worden. — Das deutsche Proletariat beginnt sich als Kuli einen traurigen Ruhm zu erwerben.

Chronik

Die Pazifisten.

In England steht wieder der Tunnelbau auf der Tagesordnung. Die Wirtschaft will die Unterwasserbahnverbindung, — das Militär ist aus Gründen der Landesverteidigung dagegen; es fürchtet den preußischen Militarismus. Der „Vorwärts" vom 1. Juni gibt den englischen Sozialdemokraten, die noch lange an der Regierung zu bleiben gedenken, diesen Rat: ,

„Und schließlich: eine einzige Dynamitladung, von London aus durch Fernkabel zur Entzündung gebracht, könnte im Augenblick das ganze Kulturwerk zu höheren Ehren der „Landesverteidigung" vernichten."

Wenn es so weit ist, wird der Vorwärts nicht verfehlen, den deutschen Proleten den Rat zu geben, den Tunnel zu stürmen.

•

Eine „soziale" Tat der englischen Arbeiterregierung. Das Unterhaus genehmigte mit 280 gegen 223 Stimmen eine Vorlage der Regierung über ein Schulgesetz, welches vorsieht, die Erhöhung des schulpflichtigen Alters um ein Jahr. Für England und Wales werden 400 000 Kinder davon betroffen. Für Schottland soll dasselbe geschehen. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. 1½ Millionen Schüler werden damit 1 Jahr länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Ob die Arbeiterregierung damit Eindruck erwecken will?

„Gegen das politische Rowdytum." Der Reichsinnenminister Wirth hat die Absicht, dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der Verkauf von Hieb-, Stich- und Schußwaffen nur erfolgen soll gegen Vorlegung eines polizeilichen Waffenscheines. Anlaß dazu bietet die blutige Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Außerdem soll das öffentliche Tragen von Hieb- und Stichwaffen verboten werden. Die Regierung der Sozialdemokratie ist das wirksamste Mittel die Justiz.

Dem bekannten Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld ist die Einreise nach Polen, um in Krakau Vorträge über Sexualprobleme zu halten, von der polnischen Regierung versagt worden. Scheinbar hat das den Zweck, die polnische Kultur nicht mit jüdischer Aufklärung" zu belasten.

General v. Seeckts neue Militärstrategie. Der bekannte frühere Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat sich der Mühe unterzogen, ein Buch herauszugeben, welches sich betitelt: „Landes-Verteidigung". Er bringt darin zum Ausdruck, daß das heutige Berufsheer (also die Reichswehr) erweitert werden müsse auf 200 000 Mann. Neben diesem Berufsheer gilt es durch eine allgemeine Wehrpflicht noch ein Volksheer zu schaffen. Das Entscheidende sei aber, daß eine völlige Trennung zwischen beiden Heeren da sein muß. Er begründet das damit, daß in den Jahren 1917 und 1918 die Truppen meuterten und die Gewehre gegen ihre eigenen Regierungen richteten. Das Berufsheer muß also vor jeder Zersetzungsmöglichkeit bewahrt sein, um im Bürgerkrieg gegen das Proletariat eine Garde zu haben, auf die sich die Bourgeoisie verlassen kann.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Berliner Unterbezirke!

Am Sonnabend, den 14. Juni findet eine zentrale Hauspropaganda im 6. Bezirk statt. Treffpunkt pünktlich 5 Uhr Lausitzer Platz, an bekannter Stelle. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt Pflicht.

Nowawes:

Mitgliederversammlung am Freitag, den 13. Juni, 20 Uhr, bei Gebauer, Wallstraße 62. Tagesordnung: Vortrag.

Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 24

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 14. Juni 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Generalangriff — gegen das Proletariat

Jeder Kleinbürger, der so recht gemütlich leben will innerhalb dieser Ordnung, gerät außer Fassung. Sein Geschrei ist: wo soll das noch hinführen.

Die von aller Not und Pein befreiten sozialdemokratischen und Gewerkschaftspfaffen singen das schon alte Lied von der „Wiederbelebung" der Wirtschaft in ihrer Presse.

Indessen gehen die ehernen Gesetze der ökonomischen Entwicklung unablässig ihren Gang. Mit elementarer Wucht prasselt die Krise auf die Arbeiterklasse hernieder. Alle Lasten kapitalistischer Wirtschaftsnotwendigkeiten wälzt das Kapital rücksichtslos und mit aller Schärfe auf das Proletariat ab. Für die Millionen, für die das Kapital keine Arbeit mehr hat, steht ein besonderes Notopfer, was sie leisten sollen, auf der Tagesordnung. Abbau der Arbeitslosenversicherung in jeder Form ist das Opfer, das die Herren um „Eisen und Kohle" — manifestiert in der Brüning-Regierung — von denen verlangen, die schon längst nichts mehr haben.

Genereller Lohnabbau auf der anderen Seite für die noch im Betriebe stehenden ist die Parole des Kapitals. Die Offensive nach dieser Richtung hat bereits begonnen. 15 000 Arbeiter der Mansfeld A.-G. müssen „feiern" d. h. sie sind ausgesperrt, weil sie sich nicht einem 15prozentigen Abbau der Löhne beugen wollten. Für 20 000 Metallarbeiter an der Ruhr ist ein Schiedsspruch verbindlich erklärt worden — durch den Reichsarbeitsminister —, welcher vorsieht einen Lohnabbau von 7½ Prozent.

Um was geht es?

Die Krise ist nicht etwa eine nationale — auf Deutschland begrenzte. Sie ist eine Weltwirtschaftskrise. Selbst das Land der „Dollarsonne" — Amerika —, das Musterland im kapitalistischen Weltkonzern, ist aufs schwerste von ihr erfaßt. Die kapitalistische Produktion produziert nicht für den Bedarf der menschlichen Bedürfnisse, sondern des Profites wegen. Die Akkumulation, d. h. die Kapitalanhäufung, ist das bewegende Prinzip im Kapitalismus. Der Absatzmarkt hat sich für das Kapital im internationalen Maßstabe verringert. Der Weltkrieg konnte selbst mit Kanonen und Blei den Willen der Völker zum zwischen Produktion und Absatz nicht lösen. Die sich entwickelnde Bourgeoisie in den Kolonien macht die Ausbeutung derselben dem internationalen Imperialismus streitig. Die Kolonialsklaven werden eingespannt, um für die „nationale Unabhängigkeit" der erstarkenden Bourgeoisie zu kämpfen. In dem Kampf um die Märkte versucht auch das deutsche Kapital seine alte Rolle zu spielen, das muß es, um seiner Selbsterhaltung willen. Die deutsche Bourgeoisie kann jedoch dieses Ziel nur erreichen, wenn sie den Versuch macht, ihre Preise den Weltmarktpreisen anzupassen. Hinzu kommt auf der anderen Seite, daß die Kapitalakkumulation 2 Milliarden jährlich Tributleistungen an das Ententekapital abwerfen muß, zu denen der Young-Plan verpflichtet. Die Bourgeoisie sieht daher in der Senkung der Löhne die einzige Möglichkeit zur „Ankurbelung der Wirtschaft", um aus diesem Chaos herauszukommen.

Dieser großangelegten Offensive der Bourgeoisie stehen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ohnmächtig gegenüber. Sie plärren von den „schlechten" und „unverantwortlichen" Kapitalisten. Ihr „Ausweg" für das Proletariat ist der Schrei nach Stärkung der Massenkaufkraft. Daß von einer Lohnerhöhung in der gegenwärtigen Situation keine Rede sein kann, das bringen sie nun auch schon dem Proletariat zum Bewußtsein. Ihr Schrei ist, Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Als jene Schaumschläger in der Großen Koalition saßen, beschlossen sie mit jene Massensteuern, welche automatisch eine Teuerungswelle mit sich brachten. Dort, wo das Kapital den Versuch macht, die Auslandspreise zu verbilligen, erhöht es die Preise für den Innenmarkt.

„Durchalten" ist das Gegeifer jener Glücksritter aus den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. In der Mansfelder Aussperrung führen sie die Arbeiter nach altbewährter Methode so lange am Gängelband herum, bis der Spruch des Schlichters den Arbeitern zeigen wird, daß der Kampf der Gewerkschaften doch noch einen „Sinn hat", d. h. er führt sie immer weiter in den Abgrund. Jene haben längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen. Würden sie heute ernsthaft einen Kampf gegen das Kapital führen wollen, so würden sie die Demokratie unterhöhlen, die ihre Grundlage ist.

Daß die Proletarier immer noch von denen, die mit dem Proletariat nur noch soviel zu tun haben, als daß sie einst zur Arbeiterklasse gehörten, ins Schlepptau genommen werden können, gehört zur Tragödie der gesamten Arbeiterbewegung.

Die KPD. tut das Ihrige. Kampf gegen Lohnherabsetzungen und für den Siebenstundentag ist ihr „Schlachtruf". Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition soll das Mittel sein zur Entfachung des „Widerstandes" gegen die Offensive des Kapitals auf „Lohn und Brot". In der Mansfelder Bewegung faselt sie dauernd von Streik. Streik bedeutet bekanntlich Arbeitsniederlegung durch den Willen der Arbeiter. Das ist jedoch hier nicht der Fall. Sie täuscht den Massen vor, daß sie diese „Bewegung" in Händen hat. Die Tatsache jedoch ist, daß diese Bewegung fest in Händen der Gewerkschaftsbürokratie ist. Nach altbekannter Art ist für sie der Massenbetrug der Hebel zur Massenbewegung. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition befindet sich mit ihrer „Eroberung der Massen" in den Gewerkschaften auf dem toten Gleis. Durch ihre „Revolutionierungsarbeit" in den Gewerkschaften hat die KPD. die Massen stärker denn je an die „gewerkschaftliche Kontrerevolution" gefesselt und das Proletariat mit zur Aktionslosigkeit verdammt. Diese „geschichtliche Wahrheit" kann durch radikalen Phrasenschwall nicht ausgelöscht werden.

Die kapitalistische Krise kann mit „kapitalistischen Mitteln" nicht gelöst werden. Eine Galgenfrist kann sich die Bourgeoisie nur erklimmen auf dem Rücken von Millionen Proletarierleichen. Nicht umsonst erklärte der „Herr" Bredt von der Wirtschaftspartei, daß wir eines Tages aufstehen werden und 20 Millionen Menschen werden nicht mehr sein. Wie lange noch will das Proletariat warten?

Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, alle diejenigen aus seinen Reihen zu peitschen, die sich auf ihren Rücken emporgeschwungen haben, die die Interessen des Proletariats einem System opfern, das kein „Recht" mehr hat zu existieren, weil es Millionen seiner Sklaven „das Recht auf ein Leben" nicht mehr garantieren kann.

Diese Aufgabe durch das Proletariat kann nur gelöst werden, wenn es die Gewerkschaften zertrümmert. Der Klassenkampf — mit allen Mitteln — muß an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital treten. Die Organisation von unten auf — aus den Betrieben heraus — in denen das Proletariat Herr seiner Geschicke ist, die die Solidarität des Proletariats als wichtigsten Grundsatz hat, ist die neue Klassenorganisation des Proletariats.

Erst wenn das Proletariat in diesem Sinne handelt, wird es die Kraft finden, um durch den Massenkampf sich aufzubäumen gegen die Offensive des Kapitals. Im Kampf werden die revolutionären Räte, die nur dem Willen der kämpfenden Arbeiter unterworfen sind, erstehen — als die Organe des Kampfes. Diese Massenkämpfe müssen sich zuspitzen zum Generalangriff des Proletariats gegen die Bourgeoisie, um eine „Ordnung" zu vernichten, die keine ist, in der der Irrsinn auf der Tagesordnung steht.

Damit erst wird die wirkliche Ordnung durch den Kommunismus geschaffen.

Arbeitsgemeinschaft 1930

Die Krise des deutschen Kapitals nimmt immer heftigere Formen an. Jeder Tag vergrößert die Finanzschwierigkeit. Kaum ist ein Defizit durch Ausschreibung neuer Steuern und Zölle gedeckt, schon stellt sich heraus, daß neue Fehlschätzungen vorhanden sind. Am 2. Mai erklärte der Reichsfinanzminister Moldenhauer, daß „die Deckung des Haushaltes 1930 in einer Weise erreicht sei, die, soweit überhaupt eine Voraussicht über die kommende Entwicklung möglich sei, zum erstenmal seit 1925 das Auftreten eines Fehlbetrages verhindert und damit das Fundament für die Steuersenkung des Jahres 1931 geschaffen sei". Etwa drei Wochen später mußte das Reichsfinanzministerium bereits einen Fehlbetrag von 450 bis 500 Millionen Mark zugestehen. In der Zwischenzeit hat sich bereits das Defizit auf fast eine Milliarde erhöht. Dieser Betrag bedeutet noch nicht das Ende des Defizits. Je weiter die Krise fortschreitet, mit um so stärkeren Ausfallmöglichkeiten muß bei den Steuereinnahmen gerechnet werden. Dies ergibt dann die Notwendigkeit, weitere Steuern auszuschreiben oder neue Belastungen des Verkehrs zu fordern. Tariferhöhungen der Reichsbahn und Post werden nur noch den Ausfall erhöhen, wie das Beispiel der BVG. zeigt.

Das deutsche Kapital ist sich sehr wohl der Schwere der Situation bewußt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ der deutschen Industrie, schreibt wörtlich: „In den weitesten Kreisen setzt sich die Erkenntnis durch, daß wir uns vor der gleichen Lage befinden wie 1918 und 1930 und daß nur entschlossene Durchbrüche aus den bisherigen Methoden bei stärkstem Appell an Führung und Gemeinschaftssinn helfen können." Dieselbe Einschätzung der Lage herrscht bei den Gewerkschaften. Sie fürchten ebenfalls wie das Kapital einen Durchbruch der revolutionären Arbeiterschaft. Die einzige Rettung erblicken sie in einer gemeinsamen Kampffront mit dem Kapital. Deshalb greifen sie wieder wie im Jahre 1918 unter Führung von Legien zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage eines Burgfriedens mit dem Kapital. Sie ziehen diese Lösung einem Ermächtigungsgesetz vor, wie sie es im Jahre 1923 zur Lösung der Inflationskrise dem Kapital zugebilligt haben, weil die Regierung Brüning infolge ihrer Zusammensetzung ihnen keine genügende Garantie für die Berücksichtigung ihrer Belange gibt. Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, trotzdem sie nach außen hin keine Verantwortung für die innerpolitische und Wirtschaftslage tragen, jetzt dazu übergegangen sind, mit den Führern der Unternehmer zu einer Verständigung zu gelangen, so beweist dies, daß die Lage äußerst kritisch sein muß und eine Aenderung des gesamten bisherigen Systems der Zusammenarbeit erforderlich macht. Die bisherige Entwicklung der letzten Monate hat die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu einem fortlaufenden Rückzug auf allen Gebieten gezwungen. Sie hat nicht nur in der Frage der Sozialpolitik einen weitgehenden Abbau herbeiführen müssen, sondern sie hat sich sogar dazu verstehen müssen, in weitgehendstem Maße eine Schutzpolitik der deutschen Landwirtschaft durchzuführen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach Vertreter von Konsumenteninteressen und müssen daher auf eine Verbilligung der Lebensmittel für die großen Massen bedacht sein. Sie haben daher bis zu der jetzigen Wirtschaftskrise regelmäßig gegenüber den Forderungen der grünen Front stärkste Ablehnung gezeigt. Sie waren dazu um so mehr in der Lage, als sowohl das Handelskapital als auch große Teile des Industriekapitals ein sehr großes Interesse an einer Verbilligung der Lebenshaltung der großen Arbeitermassen hatte, weil diese Verbilligung auch gleichzeitig eine Niedrighaltung der Löhne ermöglichte.

Solange der Kapitalismus eine aufsteigende Tendenz zeigte, stieg selbstverständlich die Bedeutung des Industriekapitals und der mit ihr verbundenen Schichten innerhalb der nationalen Wirtschaft. Die Entwicklung des Industriekapitals konnte nur durch Zurückdrängung des bisher vorherrschenden landwirtschaftlichen Kapitals erfolgen. Die Einfuhr von billigen Lebensmitteln aus dem Ausland, insbesondere aus den Vereinigten Staaten Kanada bot eine starke Möglichkeit zur Verbilligung der industriellen Produktionskosten. Die weitere Tatsache, daß die Getreideausfuhrländer, gleichzeitig Schuldner Europas waren und durch den europäischen Kapitalexport erst bisher aufnahmefähig für europäische Industrieprodukte wurden, führte selbstverständlich zu einer Steigerung der Freihandelstendenzen in den europäischen Industriestaaten. Die euro-

päische Arbeiterbewegung hatte sich diese Tendenzen ebenfalls zu eigen gemacht, da sie glaubte, daß auf diese Weise eine Reallohnsteigerung erreicht werden konnte. Mit dem Ausbau der ndustrialisierung und der Verlagerung des kapitalistischen Schwergewichts von Europa nach Amerika änderte sich vollkommen die Situation für die Industriestaaten. Der kapitalistische Entwicklungsraum wurde immer kleiner, je größeres Gebiet in die kapitalistische Entwicklung einbezogen wurde. Es kam noch hinzu, daß die früheren Kolonialstaaten selbständige Industriestaaten wurden und sich gegen die Bevormundung durch das amerikanische und europäische Kapital mit aller Kraft wehrten. Aus diesen Gründen beschränkten sich die industriellen Entwicklungsmöglichkeiten immer mehr auf dem Binnenmarkt. Das Welthandelsvolumen nahm immer mehr ab. Jeder Staat versuchte seinen industriellen Bedarf durch Produktion im eigenen Lande zu decken. Um nun auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben, erfolgte in sämtlichen Industriestaaten eine ungeheure Kapitalsinvestierung mit dem Ziel einer außerordentlich starken Rationalisierung. Durch diese Rationalisierung wurde das bisherige Uebergewicht derjenigen Staaten, die ein Rohstoffmonopol hatten, ausgeglichen. Es kam nicht mehr wie in der Vorkriegszeit auf den Besitz der Rohstofferzeugungsstaaten an, sondern lediglich auf den Standard der Rationalisierung der Industrie. Dadurch ist es auch zu erklären, daß das durch den Versailler Frieden von allen Rohstoffquellen fast abgeschnittene deutsche Kapital wieder zur industriellen Geltung kommen und die zweitstärkste Industriemacht der Welt werden konnte.

Die sich immer mehr auswirkende Bedeutung des Binnenmarktes für das Industriekapital brachte selbstverständlich eine gewaltige Aenderung in der Stellung des Industriekapitals zum landwirtschaftlichen Kapital. Das landwirtschaftliche Kapital war infolge der sich wegen der ausländischen Konkurrenz ebenfalls vollziehenden Industrialisierung der Landwirtschaft ein Großabnehmer des Industriekapitals. Infolge der Eigenart des landwirtschaftlichen industriellen Bedarfs war in der Belieferung der Landwirtschaft am stärksten die Schwerindustrie beteiligt, die sich aus der Rüstungsindustrie der Vorkriegszeit besonders auf den landwirtschaftlichen Bedarf umgestellt hatte.

Diese Umstellung ergab sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die Landwirtschaft am allerwenigsten Produkte der Feinindustrie erfordert. Dadurch erfolgte wiederum eine Annäherung zwischen den Interessen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft, also eine ähnliche Konstellation, wie in der Vorkriegszeit vorherrschte. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist die stärkste Verbindung zwischen der Schwerindustrie und der grünen Front, wie sie jetzt in der Regierung Brüning zum stärksten Ausdruck gekommen ist. Das übrige Industriekapital steht vollkommen abseits und sogar im stärksten Gegensatz. Der Reichsverband der deutschen Industrie, die Hauptorganisation des deutschen Industriekapitals, hat sich in sehr scharfer Form gegen die von Schiele geforderten überspannten Agrarschutzzölle gewendet, weil dadurch die Außenhandelsmöglichkeiten und die Erfüllung des Young-Plans gefährdet werden. Im Gegensatz dazu hat, wie schon erwähnt, der Langnamverein, die Spezialorganisation der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die Schicksalsgemeinschaft mit der Landwirtschaft betont und die Beseitigung der Not der Landwirtschaft als die erste Maßnahme zur Beseitigung der Krise gefordert.

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft ist im absteigenden Kapitalismus, wie schon ausgeführt worden ist, erheblich gestiegen. Der Binnenmarkt is das größte Absatzgebiet, und auf dem Binnenmarkt fußt die Möglichkeit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der hohe Inlandsprofit ist die Voraussetzung für den Export. Der Absatz im Inland wird aber durch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft zum größten Teil bestimmt. Auf der einen Seite ist nun die Produktivität der Landwirtschaft durch die steigende Rationalisierung wesentlich erhöht worden. Auf der anderen Seite ist durch die industrielle Entwicklung eine chronische Massenarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die industriellen Produktionsanlagen können nur teilweise ausgenutzt werden. Da aber die fixen Kosten infolge der Kapitals-Investierung außerordentlich hoch sind, ist eine Anpassung der industriellen Produktion an die Konjunktur schwer möglich und mit erheblichen Verlusten verbunden. Deshalb muß insbesondere die mit der Landwirtschaft verbundene Schwerindustrie darauf sehen, daß die Grundrente des landwirtschaftlichen Kapitals erhalten bleibt. Sie wird aber durch die sinkende Kaufkraft der Massen unterhöhlt. Die landwirtschaftliche Ueberproduktion, eine Folge der sinkenden Kaufkraft der Massen, also des Massenelends, wird die Grundlage zur Krise der Gesamtwirtschaft. Die Ueberproduktion erstreckt sich auf alle Getreidearten und Futtermittel, auf alle Textilrohstoffe, auf alle Genußmittel, auf alle agrarischen Rohstoffe. Sie hat zu einem gewaltigen Preisfall geführt, der seinerseits den Ruin der landwirtschaftlichen Produzenten in Amerika, in Europa und in allen Kolonien bedeutet. Weizen kostet auf dem Weltmarkt genau soviel wie 1914, Hafer und Mais stehen noch bedeutend unter dem Vorkriegspreis. Die Ernte an Brotgetreide in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern war in den letzten Jahren fast 10 Prozent höher als vor dem Kriege. Die Zunahme der Bevölkerung betrug 5 Prozent bei dauerndem Rückgang des Verbrauchs pro Kopf. Infolgedessen steigen die Vorräte der Ausfuhrländer von Jahr zu Jahr. Auch für das folgende Jahr ist mit einer weiteren Ueberproduktion zu rechnen, so daß eine Ueberwindung der Agrarkrise nicht in Frage kommt. Da die Ueberproduktion nicht nur in Getreide, sondern in allen Agrarprodukten besteht, so kann auch kein Ausgleich für die Großbauernmassen geschaffen werden. Dazu kommt noch, daß die billigen Futtermittel und der sich infolge der Wirtschaftskrise vermindernde Konsum an tierischen Produkten auch die Viehzucht unrentabel macht. Es ist also eine Möglichkeit der Lösung der Agrarkrise nicht abzusehen.

Die Versuche in Deutschland bestehen in ungeheuren Erhöhungen der Zölle, die fast 50 Prozent des Preises betragen. Trotzdem sind der Regierung noch weitere Ermächtigungen zur Erhöhung der Zölle zugestanden worden. Wir haben die Tatsache dafür zu verzeichnen, daß in Deutschland entgegen den Tendenzen des Weltmarktes steigende Preise für sämtliche Agrarprodukte außer Roggen zu verzeichnen sind. Lediglich der Roggenpreis ist unter die Vorkriegshöhe gesunken. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen werden die Rente der Großagrarier sichern, aber die Krise für die übrige Landwirtschaft verschärfen.

Wenn nun bei dieser Sachlage die Sozialdemokratie die „Not" der Landwirtschaft anerkannt hat, so hat sie sich nur der veränderten kapitalistischen Situation angepaßt. Sie muß selbst auf Erhöhung der Preise für die Landwirtschaftsprodukte dringen, um die industrielle Beschäftigung zu sichern, auf der anderen Seite muß sie an der Preissenkung für Industrieprodukte mitwirken, um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt aufrecht zu erhalten. Sie ist daher gezwungen, wenn sie nicht den Klassenkampf durchführen will, selbst für die Senkung der Löhne und für die Zusammenarbeit mit der Industrie zur Behebung der Krise mitzuwirken. Der Oeynhausener Schiedsspruch und die Berliner Gemeinschaftskaktion sind das praktische Zugeständnis des Zusammenbruchs des Reformismus, des Zusammenbruchs der Sozialpolitik. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnet diese Situation als die Dämmerung einer „Gründerepoche", nämlich eines jungen Staates und Steuerkapitalismus, der sich in der Praxis als illusorisch gezeigt hat. In die deutsche Sprache übersetzt, bedeutet die gemeinsame Aktion die Herabsetzung der Löhne der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Herabsetzung der Ausgaben für Sozialpolitik. Die Arbeiterschaft soll also die Akkumulation des Kapitals um jeden Preis steigern. Die Illusion, daß auf diesem Wege die Erwerbslosenarmee herabgesetzt werden kann, indem sich das vorhandene Kapital auf eine größere Anzahl auf Erwerbslose verteilt, ist praktisch nur eine Senkung der Produktionsunkosten des Kapitals. Auf der anderen Seite denkt das Kapital gar nicht daran, seinerseits die Monopolpreise herabzusetzen, so daß lediglich die Arbeiterschaft die Kosten der neuen Arbeitsgemeinschaft zu tragen hat.

Der neue Unterstützungsraub an den Arbeitslosen

Das Hauptargument der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, womit dem deutschen Proletariat der Young-Plan schmackhaft gemacht wurde, waren die „geringeren" Zahlungsleistungen des Young-Planes gegenüber den Verpflichtungen des Dawes-Plans. Und jeder Arbeiter, der die Praxis der heuchlerischen Verlogenheit dieser „Realpolitiker" nur einigermaßen aus der Vergangenheit im Gedächtnis hatte, verstand den „Kampf um die Lastenverteilung" zu werten. Nach der Ratifizierung des Young-Plans ist es recht still um den „Kampf" für die Lastenverteilung geworden. Nur in den Amtsstuben der „Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung" tobte dieser Kampf unentwegt, dessen Feuerschein in den Pressereptilien aller parlamentarischen Parteien sich zeitweilig widerspiegelte. Naive Gemüter vom Schlage der Barmat-Partei glaubten schon, das Kapital werde doch noch Einsehen haben und sich zu einem „Notopfer" bequemen. Dann würde sich „das Schlimmste" verhüten lassen und alles würde sich zum Besseren wenden.

Die „tiefsinnigen" Pfingstbetrachtungen ministerlicher Staatsklugheit in der „Vorwärts"-Ausgabe vom Sonntag gaben den schwarz-rot-goldenen Streitern der Republik erst jene hohe Festweihe, die zu entbehren einem braven Staatsbürger nicht zugemutet werden kann. Die Obergenossen sind nun frisch gerüstet an die „Arbeit" in die Redaktionsräume zurückgekehrt und sehen sich gezwungen, des Rätsels Lösung über das „Notopfer" in folgenden Punkten darzulegen:

1. Es sollen große Arbeitnehmergruppen, die für die Arbeitslosenversicherung ein schlechtes Risiko sind, aus der Versicherung überhaupt ausgeschlossen werden. **Darunter fallen alle Jugendlichen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.**

2. Alle sogenannten **„geringfügigen Beschäftigungen"**, deren Arbeitszeit nicht mehr als 30 Arbeitsstunden wöchentlich beträgt, werden aus der Versicherung herausgenommen. (Hierunter entfallen besonders Reinemachefrauen, Aufwärterinnen usw.)

3. Wer seine Arbeitsstelle ohne „berechtigten" Grund aufgibt, oder infolge seines Verhaltens entlassen wird, wird in Zukunft nicht wie bisher 4 Wochen, **sondern 26 resp. 52 Wochen unter die sogenannte Sperrfrist fallen**, oder, wie es in der neuen Vorschrift lautet, er soll erst Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn „er nach der Aufgabe oder dem Verlust der Arbeitsstelle die Anwartschaft neu erfüllt hat".

4. Die Arbeitslosenunterstützung soll künftig nicht nur nach dem Entgelt, **sondern auch nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung** verrechnet werden. Wenn Krisenunterstützung nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 13 Wochen gewährt wird (§ 101 Abs. 2 Nr. 1), **dann soll diese Krisenunterstützung auf die spätere versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden.**

5. Bisher lautete die Vorschrift, daß der Arbeitslose bei erstmaligem Bezug der Unterstützung in den letzten 2 Jahren mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben mußte. Für spätere Unterstützung mußte der Arbeitslose 26 Wochen versicherungspflichtige Arbeitszeit in den letzten 12 Monaten nachweisen können. Die neue Vorschrift lautet: „Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klassen nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Antwartschaft folgte, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäfigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist."

Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung statt nach den Sätzen der Klasse VII nach der Klasse VI, statt nach der Sätzen der Klassen VIII und IX nach der Klasse VII, statt nach den Sätzen der Klassen X und XI nach der Klasse VIII. Die Familienzuschläge sind jedoch auch dann nach der Lohnklasse des § 105 zu gewähren." Diese Bestimmung bedeutet praktisch in der Reihefolge der Klassen VII bis XI eine Kürzung der Unterstützungssätze um 1,43, 1,13, 3,22, 4,25 und 6,30 Reichsmark wöchentlich.

6. Es sollen die Rechte derjenigen Ehegatten beschnitten werden, die bisher auf Grund ihrer Versicherungspflicht beide Anspruch auf Vollunterstützung hatten. Treffen zwei Hauptunterstützungen von Ehegatten zusammen und wird dazu kein Familienzuschlag oder nur ein Familienzuschlag gewährt, so soll sich die Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen die niedrigere, um die Hälfte vermindern. Und weiter: Auf die Unterstützung eines verheirateten Arbeitslosen soll das Einkommen seines Ehegatten angerechnet werden, soweit es 35 Mark in der Woche übersteigt. Die Anrechnung soll unterbleiben, wenn bei dem Arbeitslosen Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. Ebenso sollen die Vorschriften über die Wartezeit zuungunsten der Versicherten verschärft werden. Die Wartezeit soll regelmäßig dauern: 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen, 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

7. Die Beiträge sollen ab 1. Juli 1930 um 1 Prozent auf 4½ Prozent erhöht werden. Mit diesem Vorschlag geht die Reichsregierung noch um ½ Prozent über die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt hinaus. Da die Erfahrung gelehrt hat, daß bestimmte Betriebe oder Betriebsgruppen die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker in Anspruch nehmen als der Durchschnitt, soll dem Vorstand der Reichsanstalt das Recht gegeben werden, die betreffenden Arbeitgeber zu höheren Beiträgen heranzuziehen.

Diese Regierungsvorlage soll bereits am 1. Juli in Kraft treten. Daß die Regierung ihren Willen trotz der Harlekinaden der Parlamentsdiätenempfänger durchsetzen wird, steht außer Zweifel.

Die Arbeiter müssen begreifen, daß das Leben der Arbeiterklasse nur dann gewährleistet ist, wenn sie mit organisierter Klassengewalt die herrschende Klasse niederwerfen, nebst ihren Lakaien, den Gewerkschaften, und den parlamentarischen Parteien. Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse in den revolutionären Betriebsorganisationen ist das Fundament der Klassenziele des revolutionären Proletariats.

Eugen Leviné

(Zur Wiederkehr des Tages seiner standrechtlichen Ermordung am 5. Juni 1919.)

Zum elften Male jährt sich der Tag, an welchem Eugen Leviné unter den Schüssen der weißgardistischen Soldateska auf dem kleinen Hof des Gefängnisses zu Stadelheim zusammenbrach. Den deutschen Arbeitern nicht so bekannt wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, weil ihn erst der Ruf der deutschen Revolution wieder zu uns führte, hatte er doch in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit überall, wo er mit den Massen in Verbindung trat, schnell das Vertrauen der Arbeiter erworben. In der Zeit des plan- und ziellos vorwärtsdrängenden Willens des Proletariats, wie in der Zeit des erwachenden Widerstandes der Bourgeoisie, in den Tagen des Sieges der Arbeiterklasse, als auch in den Tagen des offenen Bürgerkrieges, nie hatte Eugen Leviné die revolutionären Kampfesreihen verlassen.

Er wachte und hungerte mit dem Proletariat, teilte das trockene Brot, sowie alle Gefahren und Entbehrungen der damaligen Zeit mit den kämpfenden Genossen. Er war stets ein Vorbild und alle die, welche in diesen Tagen der Kämpfe und Niederlagen mit ihm zusammenarbeiteten, sie vertrauten und liebten ihn, den großen selbstlosen Kämpfer des proletarischen Befreiungskampfes. Und wenn trotz aller heroischen Anstrengungen eine Position geändert werden mußte, Eugen Leviné eilte sofort an eine andere Stelle der Front, das blutrote Banner der Revolution aufzupflanzen. Er war ein Mann von großem Wissen, von scharfem Verstand, von tiefer politischer Einsicht und Kenntnis, begabt mit einem stahlharten Willen, voller Güte, voller Aufopferungsfähigkeit und Tapferkeit. Er war kein Blender, keiner von denjenigen, die mit großen Worten und schönen Gesten in ihrer Person die Bewegung verkörpern wollen, der sie dienen. Bescheiden hielt er sich im Hintergrund und nur dann trat er hervor, wenn es galt, mit seiner ganzen Person für die große Sache des Proletariats und des revolutionären Klassenkampfes einzustehen.

Schmucklos war seine Rede. Aber ihre Logik bezwang selbst die Aengstlichen und Halben. Fügen mußten sie sich ihm, wenn sie auch mit den Zähnen knirschten, denn nach seinen Reden gab es nur noch den Weg des proletarischen Kampfes, den Weg der revolutionären Notwendigkeit oder das offene Eingeständnis, daß man den Weg des Selbstbetruges, der Feigheit, des Verrates gehen wolle. Deshalb ward er gehaßt und zuletzt leidenschaftlich verleumdet von allen Kompromißnaturen. Leviné gehörte mit zu den Ersten, die erkannten, daß die Gewerkschaften ihre Rolle als proletarische Kampforganisationen ausgespielt hatten, die zertrümmert werden müßten, und an ihrer Stelle die Revolutionäre Betriebsorganisation gesetzt werden müsse, da nur sie als Instrument des Proletariats für die Durchführung der proletarischen Revolution in Frage komme. Zu dieser Frage hat er im Ruhrgebiet und in München eine Reihe Vorträge gehalten.

Leviné stammte aus einer reichen Familie, wurde in Rußland geboren und kam als Kind nach Deutschland. Er besuchte das Gymnasium in Heidelberg und begann sein Studium. Als die russische Revolution 1905 ausbricht, eilt er nach Rußland und schließt sich der Partei der Sozialrevolutionäre an. Er kämpfte mit in Petersburg und nahm, als die Konterevolution wieder triumphierte, alle Leiden auf sich. Unter dem Namen Goldberg hat er in einer Reihe von Artikeln in deutschen Parteizeitungen die Greuel der zaristischen Soldateska und der russischen Gefängnisse geschildert. Er kehrt alsdann nach Deutschland zurück und wird beim Ausbruch des Krieges zum Heeresdienst eingezogen. Infolge Krankheit mußte man ihn entlassen und mit Weib und Kind hat er in den Kriegsjahren bittere Not gelitten. Er beteiligte sich in den letzten Kriegsjahren an der illegalen Arbeit des Spartakusbundes und der Ausbruch der Revolution bringt ihn mehr an die Oeffentlichkeit. Im November und Dezember 1918 ist er hervorragend in Rheinland-Westfalen tätig. In der Januarwoche ist er im besetzten „Vorwärts" tätig.

Es war am 10. Januar 1919, abends 10 Uhr, als die Besatzung die Mitteilung bekam, daß die Regierungstruppen von zwei verschiedenen Seiten anrückten. Mit Leviné werden die Angriffs- und Verteidigungsmöglichkeiten besprochen. Unter der Besatzung herrschte Kampfstimmung. Mit Ruhe sah man den Ereignissen und dem bevorstehenden Kampfe entgegen. Der Vorposten meldete, daß der Belle-Alliance-Platz inzwischen von Potsdamern und Freiwilligen besetzt wäre. In diesem Augenblick trifft ein Kurier vom Abgeordnetenhaus ein, welcher den Auftrag hatte, Eugen Leviné zu einer wichtigen Sitzung zu bringen. Doch Leviné wollte nicht so unmittelbar von dem Kampf gehen, um nicht der Feigheit geziehen zu werden. Es wurde aber ganz energisch verlangt, daß er dorthin gehen müsse; denn es könne sich um wichtige Anweisungen von seiten der Partei handeln. Leviné ging nun, von einem Genossen begleitet.

Bald danach wird der Kampf gegen das „Vorwärts"-Gebäude eröffnet. Der Versuch, die Besatzung von zwei Seiten zu überrumpeln, wird blutig abgeschlagen. Doch den modernen technischen Kampfmitteln, wie Minen, Blaukreuzgranaten, war die Verteidigung nicht gewachsen. Am andern Morgen wurde das Gebäude von der weißen Bestie eingenommen. Trotz Zusicherung: ungehinderter Abzug der Besatzung, raste die weiße Garde wie eine trunkene Indianerhorde. Wer im Besitze von Waffen getroffen wurde, ist meuchlings erschossen worden. Ein besoffener Potsdamer Offizier in Uniform brüllt: „Hurra! Rosa Luxemburg, die kommunistische Hure, gefangen!" Unter schweren Mißhandlungen und Gebrüll wie „Saubande, Hurengesellschaft" usw. wird die Besatzung abgeführt. Ein 20jähriger Leutnant brüllte wie besessen: „Wo habt Ihr Liebknecht versteckt? Wo ist der polnische Jude?" (Damit war Leviné gemeint.) „Ihr Hunde!" — Eugen Leviné war wie durch ein Wunder dem Tode entronnen, wenigstens diesmal. Doch die Bluthunde verfolgten seine Spur, nach seinem Blute dürstend. —

Von Berlin ging Leviné dann wieder nach Rheinland-Westfalen und ist dort außerordentlich rührig. Unter dem Namen Levy ist er hervorragend organisatorisch tätig und bringt den Bergarbeitern eine grundsätzliche Aufklärung über die Sozialisierung. Er erläuterte ihnen, daß vom revolutionären Standpunkt aus nur in dieser Frage die Enteignung des Besitzes an Grund und Boden sowie Produktionsmitteln in Frage komme und dieses natürlich gleichbedeutend sei mit der Erringung der politischen Macht. Im März finden wir Leviné in München, wo er im Auftrage der Partei die Redaktion der „Roten Fahne" übernimmt. Während dieser Zeit hat er außerordentlich viel für die Propaganda des Kommunismus geleistet. Ganz besonders aber, wie schon erwähnt, hat er sich für die Gründung von revolutionären Betriebsorganisationen eingesetzt. In dieser Propaganda zeigte er sich auf der Höhe seines Schaffens.

Bei der Entstehung der Münchener Räterepublik stand bekanntlich die Kommunistische Partei abseits. Als aber die Waffen anfingen zu sprechen und die Situation sich ausreifte, beschloß die Partei den Eintritt in die Räteregierung. Am 1. Mai zogen die weißen Garden in München ein. Eugen Leviné wird Ende Mai verhaftet, und es war am 5. Juni 1919 frühmorgens, als er auf dem Stadelheimer Gefängnishofe von den weißen Schergen standrechtlich ermordet wird. Der Staatsanwalt hatte auf ehrlose Handlung plädiert. Eugen Leviné hatte ihn eingeladen, der Vollstreckung des Urteils beizuwohnen. Er, Leviné, dessen ganzes Leben Kampf war, erzitterte auch jetzt nicht angesichts des Todes. „Wir Kommunisten sind Tote auf Urlaub" hatte er den Richtern zugerufen. Sein Urlaub war zu Ende. „In diesem Raum," sagte er zu den Richtern, „werden über kurz oder lang andere Richter sitzen und diejenigen wegen Hochverrat bestrafen, die sich gegen die Herrschaft der Arbeiterschaft auflehnen." Das Proletariat hatte noch nicht die Kraft, die Vollstreckung des Urteils an Eugen Leviné zu verhindern. So stand er nun an der Mauer des Gefängnisses. Die Soldaten entsicherten die Gewehre. Der Offizier gab das Kommando. Das Krachen der Salve wurde übertönt von dem letzten Rufe Eugen Levinés: „Es lebe die Weltrevolution!"

Arbeiter! Lest die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Politische Rundschau

Die Aufregung eines radikalen Kleinbürgers

In der „Welt am Montag" nimmt Herr v. Gerlach das Wort zu dem Treiben des nationalsozialistischen Innenministers Frick in Thüringen und zu den jetzt täglichen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Dieser „ehrenwerte" Pazifist scheut bei dieser Gelegenheit nicht davor zurück, das klassenbewußte Proletariat, die Kommunisten, als gemeine Verbrecher zu bezeichnen. Folgenden Erguß leistet sich dieser Bursche:

„Wir brauchen die Anwendung einer Abschreckungsmethode. Als allgemeine Strafrechtstheorie ist sie Unsinn. Aber in besonderen Fällen, wo Politik in Rowdytum ausartet, ist sie wohl am Platze. Die jungen Leute, um die es sich zumeist handelt, müssen sehen, daß man ihnen weder ihre Jugend noch ihre sogenannte Ueberzeugung als mildernden Umstand anrechnet. Sie haben als das behandelt zu werden, was sie jetzt nur noch sind, nämlich als gemeingefährliche Verbrecher.

Die Höchststrafen des Strafgesetzbuchs für Roheitsverbrechen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Humanität gegenüber politischen Verbrechern gewalttätiger Art ist Inhumanität gegenüber dem ständig bedrohten anständigen Publikum. Der politische Fanatiker, der den Kampf mit geistigen Argumenten durch den mit Stahlruten und Stuhlbeinen ersetzt, ist nicht bloß der unsympathischste, sondern auch der schädlichste Verbrechertyp, den es überhaupt geben kann."

Sein Ruf ist: Schnelljustiz muß geübt werden. Heute Straftat — morgen Strafe.

Herr v. Gerlach ist in der Vergangenheit als derjenige bekannt, der durch seine Druckerschwärze, dort wo sich das Proletariat erhob, das Signal gab zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter.

Heute noch kann er das klassenbewußte Proletariat verächtlich machen und die Arbeiter als gemeine Verbrecher bezeichnen, die sich wehren gegen den Terror, der vom Kapital ausgehaltenen Garden. Die proletarische Revolution jedoch wird Rechenschaft erheischen. Mit dem Kapitalismus wird auch das Geschmeiß, welches diese „göttliche Weltordnung" heilig spricht, ausgerottet werden. Dazu gehört auch Herr von Gerlach. Sollte er sich dagegen wehren, so wird das Proletariat — durch seine Macht — Schnelljustiz üben, die er heute gegenüber Proletariern fordert.

Politische Sauberkeit

Der Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Nientimp, wird seit Wochen großer Schiebungen beschuldigt. Von der Großeinkaufsgenossenschaft westfälischer Bäckereien soll er große Summen von Schmiergelder erhalten haben. Er selbst erklärt, daß diese lediglich Vergütungen seien, die er für seine **parlamentarische Tätigkeit im Interesse der Großeinkaufsgenossenschaft erhalten habe.** Die Zentrumspresse rückt trotz dieser Erklärung ihres Abgeordneten Nientimp von ihm ab.

Nach Meinung der Sozialdemokratie muß dieser Herr sonderbare Begriffe von politischer Sauberkeit haben; denn sein Reichstagsmandat habe er nicht niedergelegt anläßlich dieser Beschuldigungen. Bei dieser Korruptions-Affäre handelt es sich immerhin um einen Abgeordneten einer bürgerlichen Partei. Wir wollen hier nur erwähnen, daß es mit der politischen Sauberkeit der Sozialdemokratie nicht minder weit her ist. Wir erinnern hier nur an den Barmat-Kutisker-Skandal, an den Sklarek-Skandal, an die Korruptions-Affäre in der Berliner Brennstoff-Gesellschaft, wo 72 000-Mark-Brolat eine nicht unrühmliche Rolle gespielt hat. Keine der parlamentarischen Parteien kann bei diesen Dingen ihre Hände in Unschuld waschen. Selbst die „revolutionären" Parlamentaristen, die vortäuschen, daß sie mit dem parlamentarischen System nur so viel zutun haben, daß sie das Parlament als Tribüne benutzen, sind von diesen Dingen nicht verschont. Eine große Reihe namhafter „Arbeiter"-Parlamentarier übt nicht nur seine parlamentarische Tätigkeit aus, sondern ist noch vertreten in den Aufsichtsräten privatkapitalistischer Betriebe.

Alle diese parlamentarischen „Arbeitervertreter" haben ihre „sozialistische Gesinnung" zu einer Ware degradiert und preisen sie dem Kapital für Pfründen an. Da schon hört die „politische Sauberkeit" — vom Standpunkt des Proletariats gesehen — auf.

Die Korruptions-Affären werden erst ein Ende haben mit dem Sturz dieser Ordnung. Heute kann das Proletariat in seinen eigenen Reihen die Korruption nur unterbinden, wenn es Schluß macht mit dem parlamentarischen System und demzufolge den Wahlrummel boykottiert.

Mensch und Maschine

Die Dauer und Intensität der Wirtschaftskrise löst selbst der kapiptalistischen Presse die Zunge. Es ist sehr interessant, mit welcher Offenheit sie das Allheilmittel für die Lösung der Krise, die Rationalisierung, als verschärfenden Faktor bloßlegen muß. Weiter ist interessant, mit welcher Naivität sie die „Errungenschaften" oder Forderungen der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien verspottet, die Verkürzung der Arbeitszeit! Den eigenen „Lösungsversuchen", die die Bourgeoisie anpreißt: Der „wachsende Bedarf" angesichts der **Zerstörung der Kaufkraft durch die Pauperisierung von Millionen** infolge der Arbeitslosigkeit braucht man nichts hinzuzufügen, sie erledigen sich selbst. Wir drucken nachstehend einen ausführlichen Bericht der „Vossischen Zeitung" vom 8. Juni 1930 ab, ohne Kommentar. Der aufmerksame Leser wird selbst finden, daß er die krassen Tatsachen nur abschwächen würde. Die Red.

Die Entvölkerung der Industriehallen.

Warum gibt es in Deutschland so viel Arbeitslose? Mit dieser drückendsten Frage des Tages fährt man ins wichtigste Industrierevier. Nachdem man die modernsten und vollkommensten Werke gesehen hat, ist man geneigt, die Frage ganz anders zu stellen: Warum gibt es in Deutschland noch so viel Arbeiter? Wo stecken sie, wo werden sie noch gebraucht, wo kommen die Millionen Werktätiger her, die die Statistik verzeichnet? Denn die Maschinen laufen doch von selbst, und sogar die Werke, in denen diese Maschinen gebaut werden, haben scheinbar keine Arbeitshände mehr nötig.

Der Kopf hat die Hand verdrängt, der eine Kopf tausend Hände.

Was bedeutet es noch, daß an den Schaltstellen und Meßinstrumenten ein Arbeiter steht, daß an den Maschinen jemand Obacht gibt, daß ein Heizer die Ofenreihen entlang läuft? Arbeit und Produktion stehen an vielen Orten offenkundig nur noch in einem imaginären Verhältnis. Der Anteil der Menschenkräfte an der Gütererzeugung nimmt rapide ab. Der Konsum kann nicht nachkommen und nicht aufholen, was durch den Fortschritt der Technik eingespart wird. In der August Thyssen-Hütte, der bestausgebauten Anlage der europäischen Eisenindustrie, hat sich seit Anfang des Jahrhunderts die Arbeiterzahl verdoppelt und die Produktion versiebenfacht. Zehntausend Menschen schaffen im Jahre 2½ Millionen Tonnen Rohstahl. Könnten es wenigstens schaffen, wenn genug Aufträge da wären.

Daß es doch noch zehntausend sind, überrascht, denn die Hallen sind menschenleer. Eine kleine Korporalschaft, in Asbestmäntel gehüllt, hantiert am Hochofen, eine andere Gruppe an den Martinöfen. Riesenkräne, die ein Mann bedient, heben die glühenden Eisenblöcke zum Walzwerk. Wieder zwei, drei Mann — und das Eisen ist zu dünnen Stangen gepreßt. Auf Rollen und Bändern gleiten sie weiter, gerade noch, daß man zur Sicherheit einen Ungelernten hinstellt. Eine Halle weiter, unmittelbar am Rhein, und die Eisenbahnschienen liegen fix und fertig da, geschichtet und gezählt.

Der Jongleur mit der Feuerzange.

Ueberraschender noch als das rückständige Verfahren bei der Abnahme ist, wie mitten im Arbeitsprozeß an einem Punkt das Maschinelle versagt und die Menschenhand zugreifen muß. Die Formung des glühenden Eisens durch die Maschine scheint bis zur Vollendung ausgebildet zu sein. Halbzeug, einfache Fertigwaren, in jeder Dicke und Länge, preßt die Walze hervor. Zwanzig Meter lange Schienen schießen auf Gleitbahnen haushoch empor, massive Eisenklumpen runden und höhlen sich im Pilgerschritt-Verfahren zu nahtlosen Röhren (ein Schritt vor, zwei Schritt zurück, wie bei der Echternacher Springprozession — daher der Name). Alles wird durch Hammerdruck und Räderwerk vorwärtsgetrieben. Das historische Bild des Eisenwalzwerks, wie es noch in den achtziger Jahren Adolf Menzel festgehalten hat, gibt es nicht mehr. Die Männer, die mit Zangen und langen Haken den glühenden Block aus der Walze herausziehen müssen, sind überflüssig geworden.

Aber dann will mit einemmal die Technik nicht mehr mit. Vor der Walze, aus der das Bandeisen hervorzischt, steht ein junger Mensch mit einem Zangengerät und hat die glutheißen Eisenspiralen abzufangen, mit einem kunstvollen Griff zu schneiden und in hohem Bogen über seinen Kopf hinweg auf die nächste Gleitbahn zu werfen. Wenn der Arm versagt oder die Zange einmal nicht zufassen würde, käme er ohne schwere Verletzungen gewiß nicht davon. Ein Jongleurkunststück, hundertmal gefährlicher, als die verwegensten Tricks der Varietébühne. Denn alle paar Sekunden droht dieselbe Gefahr. Eine Nervenpeitsche, die nicht ihresgleichen hat. Länger als zwanzig Minuten hält auch der kaltblütigste Bursche, ohne unsicher zu werden, das Feuerwerk nicht aus. Dann muß er zehn Minuten Pause machen, um sich zu verschnaufen, Augen und Hirn auszuruhen. Es gibt im Ruhrgebiet Arbeiterfamilien, in denen sich diese Jongleurkunst vererbt. Der Sohn steht vor der gleichen Maschie, an der schon der Vater gestanden hat.

Rangierbahnhof auf dem Turm.

Auch den Kohlenbergbau hat die Technik in neuester Zeit von Grund auf umgestellt. Schon das äußere Bild über Tag ist dabei, sich zu wandeln. Das alte Wahrzeichen der Kohlenzechen, das magere Gerüst mit den freistehenden Seilscheiben, beginnt zu verschwinden. Auf den modernsten Zechen, so auf dem „Minister Stein" bei Dortmund, schwebt über turmhohen Eisenpfeilern ein dreistöckiges Gebäude, in dem zugleich mit der Fördermaschine und der Seilscheibe ein ganzer Rangierbahnhof angelegt ist. Die Wagen, die aus dem Schacht mit Kohle beladen herauskommen, schieben sich zu Zügen zusammen, kippen die Kohle automatisch in schräg abfallende Kanäle. Während sie heruntergleitet, nehmen Invaliden und halbe Kinder, die für Arbeit unter Taeg nicht mehr oder noch nicht tauglich sind, die erste Schichtung vor. Was nicht schwarzblank schimmert, wird bei Seite getan. Ein Winterzuschuß für die Arbeiter, die diese Abfallkohle als Deputat bekommen.

Aber nicht ratsam wäre es, daraufhin unter Tage zu viel unreine Kohle zu schlagen. Wenn die Hauer nach acht Stunden Schicht aus der Erde emporsteigen, finden sie oben neben dem Förderkorb bereits die Zensur ihrer Arbeit vor. Kleine Kohlenhaufen liegen da aufgeschüttet, und über jedem eine Tafel: 6 pCt., 8 pCt., 9 pCt. und so fort. Daran können die Bergleute ablesen, ob die Gruppe, zu der sie gehören, gute, reine Kohle gefördert, oder ob sie Steine heraufgeholt hat. War zuviel Stein dabei, so wird dem Bergarbeiter ein Prozentsatz von seinem Schichtlohn abgezogen. Das ist der erste Tagesgruß, den der Bergmann empfängt.

Im Schacht selbst hat die Elektrizität den Betrieb umgestülpt. Elektrisches Licht, elektrische Bahnen, elektrische Signale, elektrisch betriebene Säge- und Bohrmaschinen sind allgemein. Immer noch hat die Technik die menschliche Arbeit beschleunigt. Der Hauer schafft in einer Schicht um die Hälfte mehr, an günstigen Stellen das Doppelte, wie vor zwanzig Jahren.

Der Bergsee an der Ruhr.

Allenthalben ist es die Elektrizität, die den Menschen entbehrlich macht. Bei Herdecke an der Ruhr, wo die Uferberge hundert Meter ansteigen, hat man hoch oben einen künstlichen See errichtet. Durch gewaltige Röhren wird das Wasser hinaufgedrückt. Wenn zu besonderen Zeiten der Strombedarf anschwillt, etwa wenn plötzlich bei Gewitter der Himmel sich verdunkelt und in tausenden Wohnungen und Arbeitsräumen das elektrische Licht angedreht wird, läßt man das Wasser herunterstürzen. Turbinen werden in Gang gesetzt, die mit großen Stromerzeugern verbunden sind, und in weniger als einer Minute geht zur Deckung der „Belastungsspitze", des Extrabedarfs, der Strom über Land. In stilleren Zeiten, während der Nacht oder auch am Tage während der Fabrikpausen, wird das Wasser wieder bergauf gepumpt.

Viele Hunderte von Arbeitern haben das Werk in kürzester Zeit erbaut. Nun, wo es fertiggestellt ist, finden gerade noch ein bis zwei Dutzend Menschen Beschäftigung. Aber auch die werden bald nichts mehr zu tun haben, denn das Kraftspeicherwerk soll von der neuen Zentrale des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks westlich des Rheins ferngesteuert werden. Dann werden gerade noch zwei, drei Mann als Wachtposten in dem Elektrowerk an der Ruhr zurückbleiben.

Im Zaubergarten von Brauweiler.

Diese neue Fernzentrale in Brauweiler, unweit von Köln, ist wohl das großartigste Gebilde, das die Technik im Westen in letzter Zeit geschaffen hat. Von weitem gesehen ein seltsamer Garten von grünen Pyramiden, die wie ein Rokokopark schnurgerade aufgepflanzt sind. Es sind Oelschalter und Transformatoren, die diesen zauberhaften Eindruck hervorrufen. Lange Straßen von Kesseln, Spiralen und Drähten, das Ganze von Hecken umsäumt: ein Maschinen-Park im wahrsten Sinne des Wortes. Nur ein paar Hilfsgeräte stehen unter Dach und Fach. Sonst ist alles im Freien montiert, nicht zuletzt, um die Explosions- und Brandgefahr der Oelschalter zu mildern.

Es ist die größte Freiluftstation der Welt, von der aus der elektrische Strom über ganz Westdeutschland und einen großen Teil Süddeutschlands gelenkt und verteilt wird. Bis nach Vorarlberg reicht die elektrische Befehlsgewalt, die von diesem Zentralschalter ausgeht. Eine drahtlose Fernmelde-Anlage stellt in der Sekunde die Verbindung mit allen Zweigstationen her — die Keimzelle vielleicht zu einer neuen Revolution des Nachrichtenwesens. In einem Jahr hat Siemens — ein Auftrag von 8 Millionen Mark — das Werk errichtet. Wohl aus übertriebener Angst vor irgendwelchen politischen oder sonstigen Zwischenfällen hat man den Bau nach Möglichkeit geheim gehalten. Nun steht er da, wie ein fürstlicher Privatgarten. Der Betriebsleiter auf der „Warte", der die Fernsteuerung leitet, ein paar Mann Bedienungspersonal, das ist die ganze Besatzung dieses Kraft-Forts.

Man kann von Werk zu Werk wandern: überall dieselbe Leere. Maschinen, „Pferdekräfte", aber keine Menschen. Man rechnet nach PS., nicht mehr nach der Zahl der Beschäftigten. Die Technik hat die Industrie entvölkert. Die Rationalisierung der letzten Jahre hat den unaufhaltsamen Prozeß beschleunigt, nun stehen wir an einem Wendepunkt. Die Elektrizität hat die gleiche Situation geschaffen, wie vor hundert Jahren die Dampfmaschine. Die Arbeiter sind freigesetzt, sie warten in ihren Wohnungen, drängen sich vor den Arbeitsnachweisen, aber finden kein Unterkommen.

Ausweg aus der Leere.

Gewiß wird auch das nur ein Uebergangsstadium sein. Die Produktionsmöglichkeiten werden allmählich durch wachsenden Bedarf absorbiert oder aber die Arbeitszeit muß durch Verkürzung der neuen Produktionsmethoden angepaßt werden. Der Sieben- und Sechsstundentag, die Fünftage-Woche, die uns heute noch wie die Chimäre überspannter Ford-Propheten anmutet, wird kommen. Tatsächlich ist sie heute schon da, in der Form unfreiwilliger Feierschichten und völliger Arbeitslosigkeit.

Aus diesem tötenden Nichtstun eine neue Arbeitsordnung zu machen, ist die Zukunftsaufgabe der wirtschaftlichen Organisatoren. Die Techniker haben das ihre getan, haben mehr geleistet, als für den Augenblick gut ist. Die Wirtschaftler sind an der Reihe.

Betrieb und Wirtschaft

Der Stand der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Gebiet des Landesarbeitsamtes Berlin und Brandenburg in der zweiten Maihälfte mit 413 000 angegeben. Gegenüber der ersten Maihälfte ist ein Rückgang um 8404 zu verzeichnen von Arbeitsuchenden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um 6248 auf 239 050 verringert. Mit 15 000 Personen höher liegt jedoch die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Katastrophenwinter vorigen Jahres.

Die Arbeitsuchenden verteilen sich wie folgt: Berlin 314 057, Provinz Brandenburg 93 097 und die Grenzmark 5831 Personen.

Hauptunterstützungsempfänger sind Ende Mai 239 050 Personen. Dazu kommen 55 137 aus der Krisenfürsorge.

Der Baumarkt, die Metallindustrie, sowie die Holzindustrie sind am stärksten von der Krise betroffen. Lediglich der Braunkohlenbergbau, der in letzter Zeit Massenentlassungen hatte, zeitigt wieder einen kleinen Aufschwung. Ebenso weist die Lausitzer Tuchindustrie relativ stark steigende Einstellungen auf.

Der allgemeine Stand der Arbeitslosigkeit bleibt nach wie vor eine Katastrophe. Die getätigten Angaben sind lediglich die amtlichen Bekanntmachungen des Landesarbeitsamtes. Rechnen wir diejenigen Proletarier hinzu, die überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen, so liegt der Stand der Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit viel höher; sind doch die Nichtunterstützten in die amtliche Statistik nicht mit einbezogen.

Die Faulheitsrente

Einige Zahlen zum Nachdenken.

Das Kabinett Brüning hat für den so dringend notwendigen Ausbau der Krisenunterstützung angeblich nicht genug Geld. Sein Reichsarbeitsminister erklärte den **freien Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe fordern**, das Reich könne nur im „Rahmen des Möglichen" helfen. Gemessen an den elementaren Lebensnotwendigkeiten — der Hunger der Ausgesteuerten tut weh — ist dieser Rahmen eine Unmöglichkeit. Er ist auch eine Gefahr; denn er ist zu straff und zu eng gespannt, und allzu straff gespannt zerspringt bekanntlich der Bogen.

Wie stehts im einzelnen mit diesem Rahmen des Möglichen? Im Etat sind 150 Millionen für Krisenunterstützung vorgesehen. Dazu kommen weitere im neuen Deckungsplan vorgesehene 150 Millionen, so daß also, wenn der Reichstag mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, im ganzen zunächst 300 Millionen für Krisenunterstützung zur Verfügung stehen. Mit diesen 300 Millionen kann man vielleicht rund 400 000 Ausgesteuerte unterstützen. Nun liegt aber im Augenblick die Zahl der Krisenunterstützten bereits über 325 000. Auch wenn der Kreis der Berufsgruppen, die in die Krisenfürsorge einbezogen sind, nicht größer würde, dann müßte dennoch in Kürze infolge der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger kräftig in die Höhe gehen.. **Die Fürsorge, die Hunderttausende dem Hunger überläßt, ist keine Fürsorge mehr."**

Soweit haben wir dies aus dem „Vorwärts" (11. Juni 1930) abgeschrieben. Wir sind mal wieder in der seltenen Lage, uns mit dem Noskeblatt einverstanden erklären zu können. Nur müssen wir dem hinzufügen, daß das Schreiben des „Vorwärts" erbärmliche Demagogie ist. Und wir müssen dies beweisen. — Wir nehmen den Reichshaushaltsetat der Koalitionsregierung zur Hand, den Sozialdemokratie und Gewerkschaften bestimmten, den ein sozialdemokratischer Finanzminister aufstellte:

Ausgaben in Millionen Reichsmark.

	Soll im R. J. 1929	April 29 b. März 30
Kleinrentnerfürsorge	**35,0**	**35,0**
Krisenunterstützung	150,0	131,7
Arbeitslosenversicherung	225,5	290,6
Besoldung und Gehälter	863,3	842,3
Pensionen	**1780,7**	**1769,8**

Daß allein für die Pensionen jener Leute, die in ihrem ganzen Leben nichts wichtiges getan haben, mehr als die doppelte Summe dessen gezahlt ist, was alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des ganzen Reiches zusammen an Löhnen und Gehältern bekamen, daß für Pensionen mehr als fünfmal soviel ausgegeben wurde wie für Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung und mehr als **fünfzigmal soviel als für Kleinrentner** (die vielgelästerten „Faulheitsrentner"), das soll hier nur erwähnt sein. Uns soll hier nur die Demagogie beschäftigen, die wir im letzten Satz der Vorwärtsnotiz fett ausgezeichnet haben, die Krisenfürsorge betreffend. Der Koalitionsetat hatte 150 Mill. Reichsmark für Krisenunterstützung ausgeworfen, aber von dieser erbärmlichen Summe von Hungerpfennigen hat der sozialdemokratische Finanzminister unter ausschlaggebender Zustimmung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften nur 131,7 verausgabt, also noch 18,3 Millionen eingespart.

Die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe bestand einst, seit der Bürgerblockregierung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften schafften sie ab in der Koalitionsregierung! Daher die Ersparnisse von 18,3 Millionen Mark. Nun wird man natürlich einwenden können, daß im Vorjahr die Arbeitslosigkeit nicht so katastrophal war als in diesem Jahre. Sie war aber so groß, daß viele Städte, verschiedene Industriegebiete (Pfalz, Thüringen usw.) sofort an das Reich um Sondermaßnahmen petitionierten, die gewährt werden mußten. Die Sozialdemokratie hatte 2 Milliarden für Preußen, weil viele ihrer Bonzen ebenfalls Pfründen bekommen. Sie hat jetzt radikale Phrasen für die Verhungernden, um sich auf deren Rücken wieder in die Ministersessel zu schwingen.

Lohnabbau in sozialdemokratischen Betrieben

Für den Königsberger Konsumverein hat der Vorstand für die kaufmännischen Angestellten den Tarif zum 1. Juni 1930 gekündigt. Der Vorstand fordert einen Gehaltsabbau von 10 Prozent.

Das ist der von der SPD. gepriesene „Sozialismus". Diese Tatsache zeigt immer wieder, daß der „Sozialismus" im Kapitalismus eine Phrase ist. Auch die sogenannten Gemeinbetriebe sind den Gesetzen der Warenproduktion unterworfen. Dort, wo die Produktion auch im „gemeinnützigen" Betrieb nicht den notwendigen Profit ergibt, müssen die Arbeiter die Zeche bezahlen.

Preissenkung heißt verschärfte Ausbeutung

In dem Kampf gegen die die kapitalistische Wirtschaft wieder einmal ergriffene Krise sind natürlich alle Mittel recht. Von Mitteln ist eigentlich nicht zu sprechen; denn so viel wissen unsere Herren Kapitalisten auch, daß es nur ein Mittel zur vorübergehenden Rettung gibt. Verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Man weiß es; aber man sagt es nicht, sondern handelt entsprechend. In alle Welt schreit man von einer Preissenkung aller Waren zur Vergrößerung des Umsatzes. Nebenbei sagt man noch, daß nicht nur die Kapitalisten Opfer bringen können; auch die Proletarier müßten die Not des Volkes verstehen. Denn eine Lohnherabsetzung wirkt sich für die Allgemeinheit zum besten aus. Wir selbst wissen aber zu gut, daß eine Preisherabsetzung nicht etwa einen Verzicht der Unternehmer auf einen Prozent ihrer Profite bedeutet. Jeder Pfennig, um den die Preise ermäßigt werden, muß aus den Knochen der Proletarier herausgeschunden werden.

Da die metallverarbeitende Industrie immer noch zu den Hauptfaktoren unserer Wirtschaft gehört und ihr Rohstoff in der Hauptsache Eisen darstellt, wird die in Aussicht genommene Eisenpreissenkung in den bürgerlichen Zeitungen lebhaft besprochen. Unsere vorherigen Behauptungen über den Schwindel der Preissenkung muß auch durch die bürgerliche Presse bestätigt werden. In einem Bericht des „Berliner Tageblatts" vom 11. Juni 1930 über die Versammlung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft liest man u. a.:

Das Ausmaß der Preisherabsetzung scheint im Augenblick immer noch nicht sicher festzustehen, offenbar hauptsächlich aus dem Grunde, weil zwischen den einzelnen Eisenkonzernen noch keine volle Uebereinstimmung über **die Verteilung der aus den Lohnherabsetzungen zu erzielenden Ersparnisse** und der darüber hinaus noch vorzunehmenden Preisherabsetzungen auf die einzelnen Sorten von Walzwerkserzeugnissen zu bestehen scheint.

Man spricht hier von einer Verteilung der durch die verschärfte Auspowerung der Proleten erzielten Ersparnisse. Sie sollen nicht alle bei der Preisherabsetzung flöten gehen; den größten Teil wollen sie selbst gleich einheimsen. Die sonst noch vorzunehmende Preisherabsetzung besteht natürlich nur in der Phrase, und dürfte auch jeder nur etwas denkende Arbeiter diesen Zauber als faulen Schmus ansehen.

Aber auch die Ausbeutung kennt Grenzen, und sobald diese überschritten werden, ist es aus mit der Rettung aus der Krise. Die Proletarier haben bei ihren Hungerlöhnen alle Ursache, die Dinge zu erkennen und nicht sang- und klanglos einer Lohnkürzung nach der anderen zuzusehen. Wenn sie jedoch denken, durch den „Kampf ihrer Gewerkschaften" etwas zu erreichen, sind sie im Irrtum. Die Gewerkschaften sind zu einem Bestandteil der kapitalistischen Ordnung geworden; denn ohne sie wäre der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft in Frage gestellt. Die Gewerkschaftsbesitzer verhandeln bereits mit den Unternehmern über die vorzunehmenden Lohnkürzungen, oder besser gesagt, über das von den Arbeitern zu bringende Notopfer. Die sogenannten Arbeitervertreter werden schon bald mit den Blutsaugern zur Einigung kommen.

Den Kampf gegen die geeinigte Bourgeoisie und ihre Lakaien kann das Proletariat nur als Klasse vereint führen. Die revolutionären Betriebsoranisationen, zur Union der Ausgebeuteten zusammengeschweißt, bilden die Grundlage für den Kampf zum Sturze dieser Ausbeuteordnung. Solange es kapitalistische Wirtschaft gibt, solange gibt es Krisen und damit immer schärfere Ausbeutung. Erst der Sturz des Kapitalismus und die Einführung der kommunistischen Bedarfswirtschaft wird beides aufheben.

Weitere Massenentlassungen und Stillegungen

Im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier sind weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen im Gange. Eine Anzahl von kleinen Gruben sollen vollkommen stillgelegt werden. Im übrigen soll eine Konzentration der vorhandenen Aktiengesellschaften vorgenommen werden. Die Aktien befinden sich zum größten Teil in den Händen des sächsischen Staates sowie der Städte Leipzig und Zwickau.

Chronik

Aus dem Lande der „Freiheit".

Sechs Arbeiter und eine Arbeiterin sind vor dem Schwurgericht in Atlanta (Georgia), Nordamerika, wegen kommunistischer Tätigkeit angeklagt. Vier waren bereits schon einmal zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt droht einigen davon die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl. Das Entscheidende ist, daß das Schwurgericht, welches für die Bestätigung der Todesurteile in Frage kommt, auch besetzt ist von Führern der „freien" Gewerkschaften.

Für die Zukunft hat man ein neues Mittel gegenüber dem elektrischen Stuhl für die Hinrichtung. Das neue Mittel ist das Giftgas. An einem zum Tode verurteilten „gemeinen" Verbrecher erprobte man es. Er wurde genau wie beim elektrischen Stuhl in eine Kammer geführt. Dort festgebunden und dann das Gas hineingelassen. Von einem Fenster aus beobachtete der Henker den Vorgang des Todes. Drei Minuten dauerte der Prozeß und soll angeblich schmerzlos gewesen sein.

Das ist das von den deutschen Gewerkschaftsführern gepriesene Paradies für die Arbeiterklasse. Auf allen Gebieten hält der Dollar den Rekord.

Seltsamer Tarif?

Der bekannte Führer der Nazis — Goebbels — soll für die Beleidigung des „ehrwürdigen" Reichspräsidenten der deutschen Republik 800 Mk. Geldstrafe zahlen. Ein Händler aus Regensburg soll sechs Monate ins „Loch", weil er im Rausch zwei „Hüter der Ordnung" beleidigt hat. Der „Vorwärts" nennt dieses Spiel mit zwei Messern — seltsamer Tarif. Wir sagen — das ist ganz in Ordnung. Wenn auch schon die andere Seite „abgeurteilt" wird und sei es in Wirklichkeit eine Farce, so will die Bourgeoisie den Arbeitern damit zeigen, daß wir doch eine „Demokratie" haben.

Wie Preußen in Belgien.

In der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba zogen aus Anlaß ihrer siegreichen Strafexpedition gegen die Rebellen in Nordabessinien 30 000 Krieger mit ihren Siegestrophäen am Kaiser und seinem Hof vorbei. Unter den Gefangenen befanden sich auch die beiden Brüder des Rebellenführers Gugsa Olie, des geschiedenen Gatten der verstorbenen Kaiserin Ziudita, und seine Ratgeber, die alle mit einem Stein um den Hals vorbeigeführt wurden.

Schon wieder eine neue Partei in USA.

Eine aus dem ganzen Lande besuchte Delegiertenversammlung beschloß schon wieder die Gründung einer politischen Partei. Die Hauptreferenten waren der als reaktionär bekannte Professor John Dervey und der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte James Maurer. Aufgabe: ohne irgendwelche Bindung an ein Weltanschauungsprogramm, eine möglichst große politische Ellenbogenfreiheit, Kontrolle der Industrie durch den Staat und Arbeiterschutz!! — Die Kosten wird sicher die Industrie bezahlt haben, denn der Bluff verrät sehr deutlich eine Ablenkung der zunehmenden Radikalisierung der Arbeiterschaft.

Bücher-Ecke

I. Klassenkampf und Zeitgeschichte.

A. Bebel, „Aus meinem Leben", 3 Bände, 9,— Mark.
M. Beer, „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe", kart. 8,— Mark, Leinen 10,— Mark.
Bykow, „Das Ende des Zarengeschlechts", brosch. 0,75 Mark.
Die Kriegsnummern der „Jugendinternationale", brosch. 1,75 Mark, gebd. 2,50 Mark.
Ermanski, „Theorie und Praxis der Rationalisierung", brosch. 10,— Mark, Leinen 12,— Mark.
Fischer, „Oelimperialismus", broschiert 3,— Mark, Leinen 4,— Mark.
Karl Liebknecht, „Das Zuchthausurteil", brosch. 1,— Mark.
" " „Klassenkampf gegen den Krieg", broschiert 0,50 Mark.
" " „Reden und Aufsätze", gebd. 3,— Mark.
A. Londres, „Schwarz und Weiß", kart. 3,— Mark, Leinen 4,— Mark.
M. Hölz, „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne", kart. 2,80 M., Leinen 4,80 Mark.
N. Krupskaja, „Erinnerungen an Lenin", brosch. 1,20 Mark, Leinen 2,— Mark.
Fr. Mehring, „Karl Marx-Geschichte seines Lebens", Halbleinen 5,— Mark, Leinen 7,50 Mark.
W. Münzenberg, „Die dritte Front", kart. 3,— Mark, Leinen 5,— Mark.
E. Meyer, „Spartakusbriefe" I. Band (Dezember 1914 bis September 1916), brosch. 1,50 Mark.
E. Meyer, „Spartakusbriefe" II. Band (Oktober 1916 bis Oktober 1918), brosch. 1,50 Mark.
M. Pokrowski, „Geschichte Rußlands von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit", Leinen 20,— Mark.
Palme-Dutt, „Das moderne Indien", kart. 2,— Mark.
Slang, „Panzerkreuzer Potemkin", gebd. 1,— Mark.
Sonter, „Der neue deutsche Imperialismus", kart. 2,50 Mark.
Varga, „Die sozialdemokratischen Parteien", kart. 4,50 Mark, gebd. 6,— Mark.
Wittvogel, „Das erwachende China", kart. 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark.

II. Romane, Erzählungen, Gedichte.

H. Barbusse, „Das Feuer", Leinen 7,50 Mark.
" " „Die Kette", brosch. 4,50 Mark, Leinen 6,— Mark.
Becher, „Der Bankier reitet über das Schlachtfeld", Erzählung, gebd. 1,— Mark.
Becher, „Die hungrige Stadt" (Gedichte), gebd. 2,50 Mark.
Bogdanoff, „Der rote Stern", brosch. 1,75 Mark, gebunden 2,50 Mark.
Daudistel, „Das Opfer", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Grünberg, „Brennende Ruhr", kart. 3,50 Mk., Leinen 5,— Mark.
Illes, „Die Generalprobe", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Kläber, „Passagiere der III. Klasse", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Ollbracht, „Anna — der Roman einer Arbeiterin", kartoniert 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Panferow, „Die Genossenschaft der Habenichtse", broschiert 4,— Mark, Leinen 6,— Mark.
Plivier, „Des Kaisers Kulis", kart. 3,20 Mark, Leinen 5,— Mark.
Scharrer, „Vaterlandslose Gesellen", kart. 3,50 Mark, Leinen 5,— Mark.
Scholochow, „Der stille Don", brosch. 5,— Mark, Leinen 7,— Mark.
Seifullina, „Der Ausreißer", Halbleinen 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark.
Oskar Kanehl, „Straße frei" (Gedichte), kart. 1,— Mark.
" " „Die Schande" (Gedichte), brosch. 0,50 Mark.
Erich Weinert, „Neue Gedichte", kart. 1,— Mark.
F. C. Weißkopf, „Es geht eine Trommel" (Gedichte), Pappband 1,50 Mark, Halbleinen 1,75 Mark.
Erich Wollenberg, „Als Rotarmist vor München", kartoniert 2,— Mark, Leinen 3,— Mark.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Reichsumlage!

Wir machen nochmals auf die für die 24. und 25. Woche — für Solidarität — ausgeschriebene Umlage aufmerksam und ersuchen sämtliche Ortsgruppen um unbedingte **pünktliche** Abrechnung. Pro Woche 1,— Mk.
R. A. A.

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Speisebecher, Herfurtstraße 26.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.
Nowawes. Jeden Freitag, 19.30 Uhr, Funktionär-Sitzung von Partei und Union im Lokal Otto Gebauer, Wallstr. 62.

Reich

Halle.

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivolvi, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

München. Jeden Mittwoch, 20 Uhr, findet in der Augustiner-Klause, Baaderstr. 66, ein Vortrag mit anschließender Diskussion statt.
Sympathisierende und Leser der „Komm. Arb.-Zeitung" sind besonders eingeladen.
KAP. AAU.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . .

Ort: . . . .

Straße: . . . .

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 25

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 21. Juni 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Das „Notopfer" des Kapitals

Die demokratischen Untertanen der deutschen Republik wackeln ungläubig mit den Köpfen. Sie haben „ihren" Staat, die „neue Staatsform" „gegen rechts und links", so kräftig beschützt und sich nach jedem Sieg kräftig an die Heldenbrust gepocht. Die Pfaffen der Zentrumspartei lieferten dem Reichsbanner den Segen und die demokratischen Kapitalisten das Geld. Die Schwerindustrie half in der großen Koalition mitregieren. In allen Gassen widerhallte das hohe Lied von der „politischen Reife" eines Volkes, daß unbeirrt durch alle Revolutionsapostel seinen Weg in die Höhe geht, schicksalsverbunden, treudeutsch, allewege.

Der Marsch ging hinweg über Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, über die blutigen Märzen bis Kapp. Er ging hinweg über die Tausende, die in den Zuchthäusern umkamen, denn die Republik war in Gefahr. Er ging hinweg über die Zehntausende, die der „passive Widerstand" verrecken ließ, die in Hunger und Arbeitslosigkeit umkamen. Er ging hinweg über alle Krisen mit den verschiedensten Namen. Außenpolitisch wurde die „Verständigung" hergestellt. Der Friede lächelt über der gequälten Erde. Zurzeit werden die Vorbereitungen getroffen, um am Rhein in den „befreiten Gebieten" eine nie dagewesene patriotische Kirchweih vom Stapel zu lassen. Die Arbeitslosen haben hier von neuem Gelegenheit, zu beweisen, daß im „heil'gen Land der Treu" der ärmste Sohn immer noch der Treueste ist. Das Reichsbanner wird — wie die „linken" Sozialdemokraten in ihrem „Klassenkampf" mitteilen — mit den Nazis gemeinsam Musik und Massen stellen, und republikanische und Nazimäuler „erwählter Führer" werden sich gegenseitig zu überschreien suchen.

Was sagt Ihr? Ihr habt die Nase pleng?! Die „Reaktion" wird immer frecher? Nun — nach der „Hilfe der Landwirtschaft", nach der „Reform der Arbeitslosenversicherung", nach dem Raubzug mit Erhöhung der Steuern, Zölle, Mieten, Tarife, nach offenem Lohnabbau? Hört einmal!

Es geht nicht danach, ob ihr die „Nase pleng" habt. Was jetzt kommt, ist gar nichts „besonderes", sondern nur eine Etappe auf dem Wege in die „herrlichen Zeiten". Die Plumpheit und Frechheit, mit der man euch jetzt zu ködern sucht, entspricht nur der Schwierigkeit, die Tatsachen zu verschleiern. Man kann euch nicht mehr so bequem belügen wie früher. Die Tatsachen sind stärker. Ihr habt so lange gegen euch selbst gewütet, bis euch die Puste ausging. Ihr habt es schon einmal getan, habt in der „großen Zeit" Leichenberge auf Leichenberge getürmt, bis ihr nicht mehr darüber hinwegklettern konntet, vor Gestank und Hunger. Hat man euch nicht eingeredet, daß Ueberstunden im „neuen Deutschland" etwas anderes sind, als im alten? Ihr habt euch gefügt. Hat man euch nicht eingeredet, daß ihr die Früchte der Rationalisierung nach deren Durchführung ernten werdet? Ihr habt es geglaubt. Ihr habt in den zwölf Jahren eure Knochen hingegeben, habt dem Geschwätz Glauben geschenkt, daß erst der Kapitalismus wieder „blühen" muß, wenn man ihn „sozialisieren" will. Ihr wolltet „Ordnung", und ihr habt so nun die Ordnung des Hungers, des Friedhofs. Das konnte nicht anders kommen! Denn:

Kapitalismus ist Kapitalismus!

Das blutige Morden ging um nichts anderes, als um die Erschließung neuer Märkte, nur mit anderen Mitteln. Es brachte nicht nur das Proletariat, sondern auch die kapitalistische Ordnung an den Rand des Abgrundes, ohne eine Lösung zu bringen. „Platz an der Sonne!" heißt Platz für die Waren! Für die Waren, die infolge der Technisierung der Produktion in immer größeren Mengen hergestellt werden. Man kann die Warenproduktion steigern, aber nicht den Markt künstlich erweitern. Der Weltmarkt war erschlossen. Der unlösbare Widerspruch zwischen Produktion und Absatz, der dem Kapitalismus eigen ist, führte zur Katastrophe.

Der Krieg ist liquidiert worden, — der Kapitalismus blieb! Der Kampf um den Absatz ging weiter durch „Verbilligung der Produktion" infolge Rationalisierung und gesteigerter Ausbeutung. Nun ist eine Verschleierung des offenen Bankrotts nicht mehr möglich. Die Lösung: „Waren produzieren, billiger als die anderen", das ist die Losung der Kapitalisten aller Länder. Die Mittel dazu: Kapitalzusammenballung für weitere Rationalisierung, Verbilligung der Produktionskosten durch Lohnabbau. Streichung aller „unproduktiven Ausgaben". Maschine ist Maschine, Mensch ist Arbeitstier! Alte Ziehhunde läßt man vergiften. Alte Pferde bringt man zum Schlächter. Ueberflüssige Arbeiter läßt man verhungern! Doch halt! — Auch das Kapital bringt Opfer. Es will die Preise senken, wenn das Proletariat sich mit dem direkten Lohnabzug zufrieden gibt. Der Schiedsspruch der Eisenindustrie soll den Anfang machen. Parole: „Gemeinsam heraus aus der Not!" Das Allerschönste dabei: Alle „Wirtschaftsführer" von „rechts bis links" quatschen für und wieder, beschäftigen sich ganz ernsthaft mit einem „Problem", — das keins ist! Wenn man wüßte, ob die Herren wirklich „gewillt" sind, überlegen die Hanswürste im „Vorwärts" tiefsinnig. Es ist zum Lachen und Heulen zugleich, welche Biedermeiermiene diese gerissenen Gauner bei diesem plumpen Schwindel zur Schau tragen. Als ob nicht jeder Mensch, der nicht hoffnungslos demokratisch verblödet ist, wüßte, daß bei Absatzstockungen, noch dazu in solch katastrophalem Ausmaße, die „Preise sinken". Sie werden schon gedrückt durch das auf dem Markt sich geltend machende Ueberangebot. Produktionsstockungen setzen ein. Lager müssen geräumt werden, um noch größere Verluste zu vermeiden. Zahlungsverpflichtungen drängen. Bankrotte auf Bankrotte häufen sich. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise bricht sich Bahn. Die Krise, die Panik ist da.

Das „Notopfer" des deutschen Kapitals besteht darin, in Zeiten der ungehemmten Profitschinderei diesen Profit hundertprozentig in die Tasche zu stecken. In Zeiten der Stockung — wie jetzt — knöpft es den Teil des Profits, der ihm durch Preissturz zu entgehen droht, dem Proletariat noch extra ab. Noch mehr: die „Preissenkung" wirkt sich auf den Binnenmarkt infolge der Preisdiktatur der Kartelle gar nicht aus. Hat ein Arbeiter gemerkt, daß infolge des Sinkens der Schweinepreise das Fleisch billiger geworden ist? Oder infolge der Getreidepreise das Brot? Im Gegenteil: die Zoll- und Steuerpolitik verhindert nicht nur Preissenkungen bis zu dem Konsumenten, sondern treibt die Preise für den Proleten noch während der Krise hoch. Zum Dank dafür sollen die Arbeiter nun ein „Einsehen" haben, weil die Kapitalisten ihren Dreck nicht selbst fressen können. Und der „Vorwärts" gibt bereits den Tip: „Wenn die Preise ernsthaft herabgesetzt würden . . . Ja, dann könnte man natürlich über die Berechtigung der Lohnpolitik des Kapitals reden." — Was sollen schließlich die kapitalistischen Hausknechte, die Gewerkschafts- und Parteibonzen der parlamentarischen Wahlmaschinen weiter sagen. Von ihnen die Wahrheit verlangen ist dasselbe, als vom Kapital „Menschlichkeit".

Für das Proletariat ist diese letzte Provokation der kapitalistischen Blutsauger eine bittere Lehre — aber eine notwendige! Das Proletariat hat hartnäckig alle sozialistischen Erkenntnisse über den Charakter des Kapitalismus ignoriert, hat sich allzu widerstandslos von den Phraseuren der „Demokratie" mißbrauchen lassen. So muß die eiserne Logik der Tatsachen in die Schädel hämmern, daß die proletarische Revolution das kapitalistische System zertrümmern muß, um Menschen und Maschinen die Möglichkeit zu geben, für eine Gesellschaft zu produzieren, in der nicht mehr Millionen arbeitswilliger Hände vor vollen Speichern verhungern.

Das Notopfer der Wehrlosen

Die Regierung Brüning hat zur Deckung des Fehlbetrages von 750 Millionen Mark dem Reichstag drei Gesetzentwürfe zugehen lassen, von denen das wichtigste die „Reichshilfe der Festbesoldeten" ist. Der Ertrag dieses Notopfers wird von der Regierung auf 406 Millionen Mark für das Jahr und auf 700 Millionen Mark für das Etatjahr berechnet. Davon sollen auf die Reichshilfe der Beamtengehälter und Pensionen 328 Millionen Mark, auf die der Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften 24 Millionen, auf die der höheren Angestellten in der Privatwirtschaft mit einem Einkommen über 8400 Mark 50 Millionen und auf die der Aufsichtsratmitglieder 4 Millionen Mark entfallen. Dieser Gesetzentwurf ist von sämtlichen Parteien abgelehnt worden. Keine Partei will die Verantwortung für eine Schmälerung des Einkommens dieser staatserhaltenden Funktionäre der kapitalistischen Wirtschaft übernehmen. Hugenbergs Organ, „Der Lokal-Anzeiger", bringt in seiner Sonntagsnummer einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Das Notopfer der Wehrlosen". Die Kreise, die von der Wirtschaftskrise am allerwenigsten betroffen werden, sind für ihn die Wehrlosen, auf die sich das Hyänenpaar Stegerwald und Moldenhauer, gestürzt haben. Herr Hussong erregt sich gewaltig darüber, daß diesen Staatsstützen ein Opfer abverlangt wird. Es könne ihnen doch nicht zugemutet werden, daß sie für die „marxistische" Youngpolitik bluten sollten. Dazu seien doch die Arbeiter da, die sich so begeistert für die Erfüllungspolitik eingesetzt haben.

Die Idee des Opfers der Festbesoldeten hat die Regierung Brüning von der Regierung Müller übernommen. Sie war als sozialer Ausgleich gegenüber der Arbeiterschaft gedacht, der man nicht die volle Belastung durch die Krise zumuten wollte. Der Senkung der Löhne der Arbeiterschaft sollte eine Senkung des Einkommens der Festbesoldeten parallel laufen. Die Ausnahmestellung, die die kapitalistische Wirtschaft den Beamten mit den wohlerworbenen Rechten geschaffen hat, wird jetzt in der Zeit der Krise vom Kapital zur Auffüllung seiner Kassen nagegriffen. Es ist immer charakteristisch für die Höhe der Krise, wenn das Kapital dazu übergeht, die Gehaltszahlungen einzustellen. Die Schicht der Staatsstützen ist für das Kapital die allerletzte Quelle zur Erhaltung des Profits. Die Gefahr einer Uuzufriedenheit dieser Schicht kann der herrschenden Kapitalsgruppe zum Verhängnis werden. Es wird durch eine Gehaltskürzung die Treue und Ergebenheit dieser Lakaien untergraben. Wenn die Regierung Brüning eine solche Maßregel für notwendig hält, so geschieht dies nicht etwa aus sozialen Anwandlungen des frommen Katholiken und Reichsarbeitsministers Stegerwald, sondern aus einer bitteren Notwendigkeit heraus. Das Kapital selbst hält eine weitere Belastung der Massen mit neuen Steuern nur unter gewissen Voraussetzungen für möglich. Die bisherige Steuerlast ist schon so außerordentlich hoch, daß jede weitere Erhöhung praktisch nur einen weiteren Rückgang der Einnahmen bedeuten würde. Es kommt noch hinzu, daß durch die Lohnsenkungskampagne die Kaufkraft der Arbeitermassen schon ganz erheblich geschwächt ist. Die enorme Arbeitslosigkeit, die mehr als doppelt so hoch ist als im Vorjahr, hat schon zu einer derartigen Schwächung des Binnenmarktes geführt, daß sich jede weitere Belastung katastrophal auswirken muß. Es kommt noch hinzu, daß durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung weitere 194 Millionen Mark aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden, auf der anderen Seite aber durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung noch 115 Millionen Mark gespart werden sollen, so daß auf diese Weise ein gleich hoher Betrag für die Konsumtion der Arbeitermassen entzogen wird. Das Kapital konnte sich also nur durch den Angriff auf die noch nicht vollkommen leeren Taschen der Festbesoldeten helfen.

Dieser Angriff war mehr ein Versuchsballon. Er sollte die Absicht der Regierung einer gleichmäßigen Verteilung der Lasten dokumentieren. Die Regierung war sich dabei vollkommen darüber klar, daß dieses Opfer der Wehrlosen keine Mehrheit im Reichstag finden würde. Keine Partei von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten würde es wagen, sich die Feindschaft der Beamtenschaft zuzuziehen. Die Regierung hatte lediglich gehofft, daß die Beamtenschaft sich gegen dieses Notopfer nicht wehren würde, wenn es ihr als Notopfer genügend schmackhaft gemacht worden war. Die soziale Verbrämung, die Hilfe für das Reich in Not, der Appell